

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großschönau

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfg. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonellzeile 35 Wfg., bei Platzvorschrift 40 Wfg. Stellenangebote 10gesp. Kolonellzeile 25 Wfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Wfg. Inserate v. ausw. die 10gesp. Kolonellzeile 40 Wfg. bei Platzvorschr. 50 Wfg., Reklamezeile 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Auktärer, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

14440779 Stimmen mit: Ja.

Der amtliche Wahlleiter errechnet folgendes vorläufige amtliche Endergebnis:

Ja	14 440 779
Nein	584 672
Ungültig	559 370

Zahl der abgegebenen Stimmen 15 584 821
Stimmberichtigte: 39 687 848

Als vor Wochen das Volksbegehren eingeleitet wurde, da war das ein Offenstöß, der von den Arbeiterparteien gegen die Fürsten und die Schwarzweißrotten unternommen wurde. Eine Gegenagitation wurde nicht entfaltet und erst die 12,5 Millionen Stimmen haben den Gegnern gezeigt, welche Gefahr vorhanden war. Aus diesem Grunde mußte im nachhinein damit gerechnet werden, daß bei der endgültigen Entscheidung eine lebhaftere Gegenpropaganda entstehen würde. Das Großkapital und der Großgrundbesitz bangten um ihr Eigentum. Sie haben alle Register gezogen, um das Prinzip des Privateigentums nicht durchbrechen zu lassen. Zuletzt war der Offenstöß gegen das Fürsteneigentum durch die Propaganda der Gegner mehr oder weniger zu einer Abwehrbewegung geworden, und von diesen Gesichtspunkten aus ist das Gesamtergebnis des Volksentscheides zu werten.

Raum je hat eine Reichstagswahl eine so eminent prinzipielle Bedeutung gehabt. Nach der Darstellung der Gegner ging der Kampf um das Eigentumsprinzip überhaupt und wenn sich trotz der Millionenaufwendungen der Gegner 15 Millionen Wähler und Wählerinnen dem Volksentscheid angeschlossen haben, dann ist das im Angesicht der vorerwähnten Gründe ein Erfolg, der weiteste Beachtung finden muß. Man hat zu bedenken, daß der Gegner alle Minen springen ließ, daß er den „Ketter“ Hindenburg mit seiner Gloire in Bewegung setzte, um den Fürsten, dem Großkapital und dem Großgrundbesitz ihr Eigentum zu retten. Nichtsdestoweniger haben sich weitere 2 Millionen dem Volksentscheid angeschlossen, woraus sich von selbst ergibt, daß das Gesamtergebnis gleichzeitig auch ein unverkennbares Misstrauensvotum gegenüber dem Reichspräsidenten ist. Hindenburg wurde seinerzeit mit insgesamt 14,6 Millionen Stimmen gewählt. Die Anhänger des Volksentscheides haben sich gegen Hindenburg gewandt und ihm befunden, daß sie mit seiner Solidaritätserklärung gegenüber den Aufwertungsbohschwärzen nicht einverstanden sind.

Die Gegenpropaganda der Schwarzweißrotten appellierte an die Eigentumsinstinkte der Kleinen und der Großen. Die letzte Kuh, das „Gärtchen“ und das „Lädchen“ bildeten das Hauptargument. Je mehr der Besitz in kleine Parzellen aufgeteilt, um so größer erschien die Gefahr, daß in diesen Bezirken die Propaganda der Gegner Erfolg haben werde. Dies scheint die Erklärung für den fühlbaren Rückschlag zu sein, den der Kreis Chemnitz-Zwickau erlitten hat. Bereits während der Propaganda konnte man deutlich beobachten, daß in den südlichen Bezirken des Wahlkreises Leipzigs eine ganz andere Stimmung vorhanden war, als in und um Leipzig selbst. Und die nahe an Chemnitz liegenden Unterbezirke des Leipziger Wahlkreises teilen die gleichen Resultate mit dem Wahlkreis Chemnitz-Zwickau. Im Erzgebirge ist das kleine Häuslertum besonders stark ausgeprägt und diese kleinen Hausbesitzer haben sich durch die Propaganda der Gegner in erster Linie kopfschütteln lassen. Darin dürften die Ursachen des Stimmenrückganges in diesem Kreise zu suchen sein. Auch Thüringen hat nicht sonderlich günstig abgeschnitten, obwohl dort die Abstimmungsfrage aktuellste Bedeutung haben mußte. Thüringen hat rund 20 000 Stimmen gewonnen. Es hat beim Volksbegehren nur 39,8 Prozent aufzubringen vermocht. Für den Dresdner Bezirk kann diese Erklärung nicht ohne weiteres gelten, obwohl auch dort mit einer Zunahme von kaum 5 Tausend zu rechnen ist. Von Chemnitz wird uns berichtet und in Leipzig ist ähnlich verfahren worden, daß die Leiter der Wahlbezirke alle Stimmzettel, deren Zirkel anstatt des Kreuzes ein „Ja“ enthielt, für ungültig erklärt haben. Chemnitz hätte mit diesen für ungültig erklärten Stimmen die Zahlen des Volksbegehrens wieder erlangt, woraus zu schließen ist, daß diese Maßnahmen, über die noch zu reden sein wird, einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Gestaltung der Gesamtergebnisse gehabt haben dürften.

Das Verlagen der südlichen Bezirke des Wahlkreises Leipzig hat das zweifelhafte günstige Ergebnis von Leipzig-Stadt und Land und der anderen Wahlbezirke stark zu beeinflussen

vermocht. In Leipzig selbst haben 55,57 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten ihre Stimme mit Ja abgegeben, und im gesamten Reichsbilde der Stadt, also das Stadt- und das unmittelbar benachbarte Landgebiet zusammengenommen, haben sogar 56,36 Proz. Stimmen aufgebracht werden können. Durch das ungünstige Ergebnis in den südlichen Teilen des Kreises wurde die Durchschnittsziffer auf 51,9 % herabgedrückt. Bei dem Volksbegehren hatte der gesamte Kreis Leipzig 48,4 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten aufzubringen vermocht. Dabei ist zu beachten, daß dieser Berechnung die Wahlberechtigten aus der Zeit der Präsidentschaftswahlen zugrunde gelegt worden sind. Seither sind die Wahlberechtigten um rund 11 000 gestiegen, so daß das damalige Prozentverhältnis, gemessen an

den neueren Zahlen, niedriger war. Das Gesamtergebnis ergibt eine Steigerung der Stimmzahl des Wahlkreises um rund 37 000 Stimmen, was im Angesicht des Gesamtergebnisses und der oben angeführten Gesichtspunkte als durchaus günstig anzusehen ist.

Bei alledem ist freilich zu beachten, daß Leipzig bereits zum Volksbegehren nächst Berlin und Chemnitz an dritter Stelle stand, woraus sich ergibt, daß damals bereits alle Kräfte angespannt worden sind. Wenn der gesamte Kreis seine Stimmen, trotz der bereits genannten ungünstigen Umstände, um rund 37 000 zu steigern vermochte, dann ist das der rührigen Propagandarbeit zu danken, die in den letzten Wochen entfaltet worden ist. Zweifellos wäre das Endergebnis günstiger gewesen, wenn die Kommunisten verstanden hätten, sich auf das Fühlen und Denken jener Leute einzustellen, denen das verböhrte Eigentum alles ist, die aber notwendig waren, wenn die 20 Millionen Stimmen aufgebracht werden sollten. Daß die beiden Arbeiterparteien ihre Stimmen gesamt dem ersten Wahlgange der Präsidentschaftswahl dennoch um 50 Prozent, von 10 auf 14,4 Millionen, zu steigern vermochten, beweist zwar, daß durch die Propaganda große Teile aus den Wahlkreisen anderer Parteien herangeholt worden sind, daß infolgedessen auch ein großer Teil der Aufwertungsgefährdeten für den Volksentscheid gestimmt haben muß. Zweifellos aber hätten die 20 Millionen erreicht werden können, wenn aus diesen Kreisen nicht Hunderttausende durch die Gegenpropaganda der Fürstenfreunde kopfschütteln gemacht worden wären.

Im Gesamtumfange des Reiches hat, wie zu erwarten, Berlin wiederum günstig abgeschnitten. Soweit zu übersehen ist, bleibt es an der Spitze aller anderen Kreise. Charakteristisch ist das erneute starke Anwachsen der Stimmziffern in jenen Kreisen, die bisher als Domänen des Zentrums galten. Trotz der Gegenagitation, die von den Bischöfen und den oberen Kreisen des Akerus entfaltet wurde, ist es nicht gelungen, die Zentrumswähler von der Beteiligung am Volksentscheid fernzuhalten. Im Gegenteil, gerade der Wahlausfall in Bayern und Baden, aber auch in den Zentrumsgenden des Rhein-

Das vorläufige Ergebnis der Wahlkreise.

Wahlkreis	Zahl der gültigen Eintragungen für das Volksbegehren	Zahl der bei der Reichstagswahl am 7. 12. 1924 für SPD, USPD, u. Kommunisten abgegebenen Stimmen	Zahl der gült. Eintragungen für das Volksbegehren v. H. der Stimmzahl i. Spalte 3	Zahl der ortsanw. Stimmberichtigten für Reichspräsidentenwahl 11. Wahlgang am 26. 4. 1925	Zahl der gült. Eintragungen für das Volksbegehren v. H. der Zahl der Stimmberichtigten in Spalte 5	Zahl der Wahlberechtigten am 20. Juni 1926	Stimmberichtigte Ja-Stimmen beim Volksentscheid	Nein-Stimmen und ungültige Stimmen	
Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1 Ostpreußen	186 078	291 079	57,1	1 318 863	12,6	1 301 257	263 902	13 834	
2 Berlin	864 362	593 368	145,7	1 467 237	58,9	1 483 037	942 654	76 264	
3 Potsdam II	514 067	352 967	145,6	1 181 532	43,5	1 082 444	531 863	42 369	
4 Potsdam I	479 491	390 540	122,8	1 175 429	40,8	1 202 005	565 865	47 712	
5 Frankfurt a. d. D.	244 600	272 914	89,6	1 038 777	23,5	1 101 293	297 340	26 356	
6 Pommern	204 715	276 187	74,1	1 148 014	17,8	1 142 650	289 454	17 159	
7 Breslau	383 561	336 343	114,0	1 197 512	32,0	1 195 249	353 108	38 353	
8 Slesien	267 415	222 854	120,0	769 460	34,8	768 481	263 093	24 703	
9 Dppeln	153 038	102 621	149,1	791 982	19,3	794 995	193 933	16 863	
10 Magdeburg	377 452	398 104	94,8	1 067 648	35,4	1 058 947	453 800	39 805	
11 Merseburg	307 266	302 600	101,5	396 104	34,3	896 104	351 142	26 845	
12 Thüringen	561 530	483 851	121,1	1 411 556	39,8	1 421 438	580 806	57 256	
13 Schleswig-Holstein	296 073	287 572	103,0	1 005 640	29,4	1 000 491	351 975	29 651	
14 Meckl.-Vms	201 228	205 016	98,2	901 857	22,3	909 953	254 959	23 337	
15 Hannover	162 647	165 512	92,2	652 874	23,4	654 114	180 404	19 325	
16 Südhannover-Braunschweig	441 067	411 521	107,2	1 256 015	35,1	1 236 841	469 106	51 837	
17 Westfalen-Nord	358 081	308 384	116,1	1 334 136	26,8	1 353 756	447 248	35 152	
18 Westfalen-Süd	584 267	483 603	120,8	1 648 767	35,4	1 640 916	727 472	59 404	
19 Hessen-Nassau	538 088	443 292	121,4	1 571 165	34,2	1 581 716	635 382	47 512	
20 Rhin.-Lachen	366 540	223 091	164,3	1 352 900	27,1	1 364 830	466 372	29 636	
21 Coblenz-Trier	118 723	82 580	143,8	749 247	15,8	757 833	134 994	10 107	
22 Mittelrhein-Ost	530 536	370 321	143,3	1 370 820	38,7	1 396 932	584 472	35 294	
23 Mittelrhein-West	259 427	206 400	125,7	1 054 943	24,6	1 067 955	359 836	19 804	
24 Oberbayern-Schwaben	209 071	281 406	74,3	1 537 258	13,6	1 548 527	320 163	14 997	
25 Niederbayern-Oberpfalz	61 822	97 163	63,6	783 207	7,9	778 338	97 581	5 376	
26 Franken	321 760	379 607	84,8	1 563 624	20,6	1 551 192	413 938	14 431	
27 Pfalz	159 081	153 579	103,6	563 743	28,2	565 365	186 104	6 412	
28 Dresden-Bautzen	545 864	439 515	124,2	1 229 105	44,4	1 327 766	551 532	55 513	
29 Leipzig	418 047	355 638	117,5	863 808	48,4	874 883	454 099	45 427	
30 Chemnitz-Zwickau	577 155	448 937	129,1	1 168 670	49,4	1 190 771	540 943	57 223	
31 Württemberg	478 034	336 988	141,9	1 631 808	29,3	1 654 921	563 863	27 688	
32 Baden	500 238	270 230	185,1	1 442 607	34,7	1 432 692	548 203	36 016	
33 Hessen-Darmstadt	325 609	257 033	136,7	867 526	37,5	870 596	348 335	25 806	
34 Hamburg	395 836	295 247	134,1	834 702	47,4	855 000	449 168	40 551	
35 Mecklenburg	161 160	184 906	87,2	573 431	28,1	453 103	159 059	13 694	
	12 523 939	10 688 969	117,2	39 421 617	31,8	39 593 362	14 409 608	1 141 590	

Das Gesamtergebnis ist nachträglich amtlich, wie oben wiedergegeben, berichtet worden. Daraus ergeben sich die Differenzen zwischen den Endzahlen.

Landes zeigen, daß es gelungen ist, erneut starke Teile der Zentrumsarbeiterschaft für die Mitwirkung am Volksentscheid mobil zu machen.

Der Terror der Gegner hat eine nachhaltige Wirkung im Gefolge gehabt. Nicht nur, daß sich in den Großstädten mancher dem Willen der Fürstenparteien beugen mußte. Aus den ländlichen Gegenden liegen zahllose Meldungen vor, die über trassierten Terror zu berichten wissen. Daß Mecklenburg und Pommern dabei an der Spitze stehen, war ohne weiteres zu erwarten. Dort befindet sich der Landarbeiter und der Geschäftsleute derart in Abhängigkeit von dem Alles beherrschenden Großgrundbesitz, daß die Methoden des Terrors von höchstem Erfolg begleitet sein müssen. Im Angesicht dessen ist das Resultat in Ostpreußen besonders hoch zu werten; wenn dort 56 000 Stimmen gewonnen wurden, dann ist das ein Ergebnis, das besonders beachtenswert erscheint. Pommern hat, trotz des Terrors, mehr als 67 000 Stimmen zu gewinnen vermocht, was ebenfalls nicht gering anzuschlagen ist. Dies um so mehr, als Chemnitz-Zwickau, dieser stark industriell durchsetzte Bezirk seine Stimmen nicht zu halten vermochte, und da auch Niederschlesien Stimmen verlor, während sich Mecklenburg annähernd zu behaupten vermochte.

Im allgemeinen ergibt sich im ganzen Reiche, daß, mit wenigen Ausnahmen, die Großstädte einen starken Zuwachs an Stimmen verzeichnen können, während andererseits das Land Verluste aufzuweisen hat. Jedem einigermaßen klügelnden war, im vorhinein klar, daß die Städte den Ausfall von Stimmen auf dem Lande wett machen mußten. Wenn auch das Ergebnis einer großen Reihe von Städten außerordentlich günstig war, so vermochten diese Gewinne doch den erforderlichen Ausgleich nicht herbeizuführen, und so haben die Fürsten den billigen Triumph, ihre Millionen nunmehr leichter in die Scheuern zu bringen.

Mit einer Staats- und Präsidentenkrise wird nicht mehr zu rechnen sein. Der Reichstagskanzler Marx dürfte mit Stolz auf dieses Ergebnis zurückblicken, und Hindenburg wird trotz des fühlbaren Mißtrauensvotums, das ihm von beinahe 15 Millionen Wählern erteilt worden ist, nicht daran denken, von seinem Stuhle herabzusteigen.

Während der letzten Tage wurden von den Gegnern vielfach sensationell aufgeputzte Auslandsmeldungen gebracht, wonach der Kredit der Republik ins Wanken käme, wenn den Fürsten ihr Eigentum entzogen würde. Der Sieg der Fürstenparteien gegenüber dem Volksentscheid ist nicht nur der Sieg des Privatbesitzes über die Fürstengegner. Im Auslande ganz besonders wird der Ausfall des Volksbegehrens von staatspolitischen Gesichtspunkten aus gewertet werden, und in dieser Hinsicht ergibt sich immerhin, daß sich die Mehrheit der deutschen Wähler schüßend vor die Fürsten stellte. Daß dies nur deshalb gelang, weil das Großkapital aus dem Kampf gegen die Fürsten eine Eigentumsfrage machte, wird im Auslande weniger Beachtung finden. Im Gegensatz zu den Sensationsmeldungen der Reichspressen aus den letzten Tagen dürfte, gerade durch das Ergebnis des Volksentscheids, der politische Kredit des Reiches im Auslande nicht sonderlich gestärkt worden sein.

Indes, das Gros der denkenden Arbeiter hat seine Pflicht getan. Das dürfte insbesondere auch von den Funktionären des Leipziger Wahlkreises gesagt werden können. Sie haben sich tapfer geschlagen. Trotz der oben geschilderten ungünstigen Momente ist den Fürsten und ihren Anhängern eine fühlbare Niederlage bereitet worden, und trotz des Bolschewisten-Schreies, der unter Führung des Prophezeiens am Peterssteinweg Tag für Tag dem Spießer vor dem Kaffeetisch ausgebreitet wurde, hat Leipzig eine starke „bolschewistische“ Mehrheit aufzuweisen gehabt. Das ist ein glänzender Aufstich für die Entscheidung, die noch in diesem Jahre fallen müssen. Der Sieg des Proletariats im Wahlkreis Leipzig läßt darauf schließen, daß im Herbst die Mehrheit zahlloser Gemeinden gewonnen wird.

Aus dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis ergibt sich, daß beim Volksentscheid 36,3 Prozent der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt haben.

Das Urteil der Berliner Montagspresse.

Die Berliner Presse ist aus Anlaß des Volksentscheids, mit Ausnahme des Vorwärts, nicht anders erschienen als an anderen Montagen. Der Vorwärts feiert insbesondere das Berliner Ergebnis und erklärt, die erdrückende Mehrheit habe auch Herrn v. Hindenburg zu versetzen gegeben, daß sie sich durch seine Briefschreibereien nicht im geringsten imponieren läßt. Er bezeichnet dann den Ausgang der Abstimmung als eine unzweideutige Niederlage der Reichsparteien, eine unzweideutige Niederlage der Monarchisten und der Reaktion. Fortfahrend heißt es dann: „Der Kampf ist freilich noch nicht zu Ende, er geht im Reichstage weiter fort. Es steht zunächst fest, daß die Fürsten nicht entschädigungslos enteignet werden; wieviel sie erhalten sollen, darüber entscheidet der Reichstag. Wenn die Regierungsparteien nicht von allen guten Geistern verlassen sind, werden sie nach dem Volksentscheid ihre Versprechungen wahr machen. Ueber diesem Reichstags hängt das Damoklesschwert der Auflösung. Wie Neuwahlen unter der Parole der Fürstenfrage ausfallen würden, können sich die Parteien leicht ausrechnen.“

Die Welt am Montag spricht von einem Phosphorberg der Monarchisten und bezeichnet die Reichstagsauflösung als „letzte Rettung“. Auch der Montag Morgen spricht von dem gestrigen Sonntag als von einem Tag der Warnung und selbst der Montag, ein Wegweiser des deutschnationalen Lokalanzeigers, muß gestehen, daß der Sturmangriff nur abgeschlagen wurde „nach schwersten Kämpfen unter harten Verlusten“.

Die Note Jahne sieht in dem Abstimmungsergebnis ein „Millionenvotum gegen Hindenburg-Marx“ und erklärt, daß der Kampf trotz hinter uns liegender Abstimmung jetzt weitergeht. Das Blatt schließt seinen Artikel mit den Worten: „Keinen Pfennig den Fürsten, hinweg mit der Regierung, Kampf den Brotwucherern, Kampf der Offensive des Kapitals.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung begrüßt es, daß der Vorstoß gegen das Eigentum abgeschlossen ist und sieht darin ein Zeichen, daß die gesunden Kräfte im deutschen Volke noch immer in der Mehrzahl sind. Sie stellt aber gleichzeitig fest, die Tatsache, daß die Enteisungsposten eine erhebliche Zahl von Stimmen hinter sich zu bringen vermocht hätten, lege Zeugnis für die verheerenden Nachwirkungen einer Inflation und vor allen Dingen für die politische Verfälschung der letzten Jahre ab. Das relativ beträchtliche Ergebnis des Volksentscheids, das gegenüber dem Volksbegehren ein Anwachsen der Stimmenzahl um zwei Millionen zeige, erhebe ein Anwachsen der Stimmenzahl um zwei Millionen zeige, erhelle die Krisis, in der sich das deutsche Parteienwesen befinde.

Der Religionskrieg in Indien. Wie aus Simla gemeldet wird, ist es in Pindi in der Nähe der Moschee zu blutigen Zusammenstößen zwischen Moslems und Sikhs gekommen, die einen aufreißerischen Charakter annehmen. Nur durch Einschub von Militär konnten die während kämpfenden Parteien auseinandergebracht werden. Die Zusammenstöße forderten acht Tote und 23 Verwundete.

Einzelresultate aus dem Reiche.

Dresden-Stadt. Von 450 993 Wahlberechtigten stimmten 295 688 mit Ja, 7686 mit Nein; außerdem wurden 8304 ungültige Stimmen abgegeben.

Chemnitz (Stadtgebiet). 220 736 Wahlberechtigte, 163 400 Ja, 3471 Nein- und 4890 ungültige Stimmen.

Witten i. B. Von 72 800 Wahlberechtigten und 27 469 gültigen Eintragungen für das Volksbegehren stimmten mit Ja 25 409, mit Nein 858. 1594 Stimmen sind ungültig.

Halle a. S. (Stadt). Wahlberechtigt 133 785. Ja-Stimmen 63 369, Nein-Stimmen 1238, ungültig 1292. Wahlbeteiligung ungefähr 45 Prozent.

Merseburg. Wahlbeteiligung rund 42 Prozent; 6972 Ja, 257 Nein- und 236 ungültige Stimmen.

Erfurt. Wahlbeteiligung 40,5 Prozent. 35 046 Ja, 1264 Nein- und 1649 ungültige Stimmen.

Gera (Stadt). 30 322 Ja, 1948 Nein- und 3386 ungültige Stimmen. Volksbegehren 28 250. Stimmberechtigte 55 065 und rund 1000 Wahlheine.

Gera (Land). 27 796 Ja, 1460 Nein- und 3372 ungültige Stimmen. Stimmberechtigt 59 180. Volksbegehren 22 949.

Torgau (Kreis). Wahlberechtigt 38 038. 8405 Ja, 386 Nein- und 423 ungültige Stimmen.

Magdeburg. In 230 von 235 Bezirken abgegeben 106 662 Ja, 2341 Nein- und 3790 ungültige Stimmen. Wahlberechtigt 204 275.

Hannover. Bei 301 237 Wahlberechtigten wurden abgegeben 156 584 Ja, 6880 Nein- und 13 541 ungültige Stimmen.

Bremen (Stadt- und Landgebiet). Bei 92 544 gültigen Eintragungen für das Volksbegehren stimmten heute 102 662 mit Ja, 4134 mit Nein, 7900 Stimmen sind ungültig.

Wülfel (Stadt- und Landgebiet). 89 153 Stimmberechtigte, 42 099 Ja, 1227 Nein- und 4093 ungültige Stimmen abgegeben.

Altona (Stadt). 76 128 Ja, 2506 Nein- und 3836 ungültige Stimmen. Volksbegehren: 65 883. Stimmberechtigt 186 742.

Schwerin (Stadt). 7838 Ja, 322 Nein- und 348 ungültige Stimmen. Volksbegehren: 6106.

Stettin. 82709 Ja, 3337 Nein- und 1081 ungültige Stimmen bei 181 608 Stimmberechtigten.

Königsberg a. d. Oder (Stadtgebiet). 13 156 Ja, 1506 Nein-Stimmen. Wahlbeteiligung 30 Prozent.

Dortmund. 120 446 eingeschriebene Wähler. 67 898 Ja, 2303 Nein- und 3152 ungültige Stimmen.

Düsseldorf (Stadtgebiet des Wahlkreises Düsseldorf-Ost). Bei 314 499 Wahlberechtigten 104 190 Ja, 3415 Nein- und 2076 ungültige Stimmen.

Düsseldorf. Wahlbeteiligung 40,25 Prozent. 63 886 Ja, 1901 Nein- und 1002 ungültige Stimmen. Volksbegehren: 42 392 Unterschriften.

Böschung. 129 404 Wahlberechtigte. 52 621 Ja, 2170 Nein- und 1420 ungültige Stimmen.

Mülheim (Ruhr). 80 716 Wahlberechtigte. 25 720 Ja, 677 Nein- und 478 ungültige Stimmen.

Hamborn. Bei einer Wahlbeteiligung von 57,5 Prozent wurden abgegeben 35 682 Ja, 1290 Nein- und 697 ungültige Stimmen. Volksbegehren: 23 500.

Recklinghausen. 45 620 Wahlberechtigte. 20 873 Ja, 680 Nein- und 356 ungültige Stimmen.

Machen (Stadt). 105 441 Wahlberechtigte. 35 974 Ja, 1443 Nein- und 522 ungültige Stimmen. Eintragungen für das Volksbegehren 20 980.

Frankfurt a. M. 342 865 Stimmberechtigte. 176 840 Ja, 6675 Nein- und 5874 ungültige Stimmen. Mit Ja stimmten rund 55 Prozent.

Offenbach a. M. 53 320 Wahlberechtigte. 33 912 Ja, 1574 Nein- und 1801 ungültige Stimmen. Wahlbeteiligung 63,1 Prozent. Volksbegehren: 29 575 Unterschriften.

Kassel. Wahlberechtigt 118 576, 52084 Ja, 1854 Nein, 3012 ungültig.

Mannheim (Stadt- und Landgebiet): 197 436 Wahlberechtigte, 108 159 Ja, 3001 Nein, 1780 Stimmen ungültig. Eintragungen für das Volksbegehren 79 546.

Freiburg i. Br. 59 564 Wahlberechtigte, 20 833 Ja, 1040 Nein-, 394 ungültige Stimmen.

München (Stadt- und Landgebiet). 440 769 Stimmberechtigte, 146 677 Ja, 3825 Nein- und 1584 ungültige Stimmen. Volksbegehren 99 549 gültige Eintragungen.

Augsburg. 103 595 Stimmberechtigte. 39 066 Ja, 1212 Nein- und 498 ungültige Stimmen.

Bamberg. 31 895 Wahlberechtigte. 1440 Ja, 203 Nein- und 92 ungültige Stimmen abgegeben. Wahlbeteiligung 12 Prozent.

Regensburg-Stadt 17 122 Ja, 1033 Nein, 1042 ungültige Stimmen. Wahlberechtigt sind 49 168.

Wiesbaden 25 609 Ja, 1240 Nein und 1332 ungültige Stimmen. Wahlberechtigt 61 300.

Beuthen 25 291 Wahlberechtigte, 11 231 Ja und 466 Nein.

Zusammenstöße am Wahltag.

SPD. Bonn, 20. Juni. (Radio.)

In Bonn kam es am Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und Anhängern des Volksentscheids. Von Siegburg waren auf Lastkraftwagen Hiler, und Stahlhelmeleute nach Bonn gekommen, die einen Propagandaumzug des Reichsbanners angriffen, wobei von Rechtsradikalen Waffen aller Art benutzt wurden. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Mehrere Angehörige des Reichsbanners und des Stahlhelms mußten in die Bonner Klinik eingeliefert werden. Von Köln wurden auf telephonischen Anruf mehrere Abteilungen Reichsbanner und Frontkämpfer zur Hilfe entsandt. Darauf kam es zu einem schweren Zusammenstoß, wobei es wieder eine Menge Verletzte gab und die Rechtsradikalen schließlich in die Flucht geschlagen wurden. Eine merkwürdige Haltung nahm die Bonner Polizei ein, die dem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei erklärte, wenn die Propagandaumzüge des Reichsbanners eingestellt würden, werde man die Wahlhandlung schützen. Gegen die Rechtsradikalen als die eigentlichen Angreifer griff die Polizei nicht ein.

Die alarmierte staatsliche Kölner Polizei hielt an der Kölner Stadtgrenze die von Bonn zurückkehrenden Autos mit dem Reichsbanner und den roten Frontkämpfern und die des Stahlhelms und der Hitlerbanden an und nahm Durchsuchungen nach Waffen vor. Bei den Rechtsradikalen wurden Schuß- und Stabwaffen sowie große Pfastersteine gefunden.

W. D. H. D. 20. Juni.

Heute morgen kam es zwischen Angehörigen des Jungdeutschen Ordens und Kommunisten zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem vier Mitglieder des Jungdeutschen Ordens schwer verletzt wurden. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Unter den Teilnehmern an der Schlägerei befand sich auch ein kommunistischer Stadtvorordneter.

In Jena haben nach einer Meldung aus Weimar zahlreiche Mäntelchen zwischen Stahlhelmen und Jungdeutschen auf der einen und Kommunisten auf der andern Seite stattgefunden. Dabei sind einige schwere Verletzungen vorgekommen und vorläufige Festnahmen erfolgt.

In Bochum kam es auf der Hauptverkehrsstraße, der Friedriksstraße, zu heftigen Zwischenfällen zwischen einem Arbeiterkommunisten und Mitgliedern sogenannter Vaterländischer Verbände, die die Arbeiter provozieren wollten.

Auch in Siedlitz kam es am Sonnabend bei einem Fackelzug der „nationalen Arbeiter“ zu einem Zusammenstoß mit Kommunisten. Einige Personen wurden durch Steinwürfe und Schüsse verletzt. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Aus Breslau wird gemeldet: Freitagabend ist es bei Anzügen von für die Fürstentheilung demonstrierenden Kommunisten auf der Zehnerstraße zu einem Zusammenstoß mit Stahlhelmlenten gekommen, bei denen, der Schlesischen Zeitung zufolge, ein Mitglied des Stahlhelms durch einen Streifschuss am Hals und einen Unterleibsschuss verletzt wurde. Der Täter konnte von der Polizei verhaftet werden. Der Polizeipräsident hat daraufhin mit sofortiger Wirkung öffentliche Demonstrationen, Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel, sowie das Herauswerfen von Flugblättern aus Automobilen verboten.

In München hatte die Polizeidirektion ebenfalls eine Anordnung erlassen, durch die auf Grund des Artikels 128 der Verfassung öffentliche Umzüge und Ansammlungen am Tage des Volksentscheids verboten werden.

Die Marokkokonferenz. Ueberall Unterkommissionen.

II. Paris, 19. Juni.

Die französisch-spanische Marokkokonferenz hat gestern Nachmittag ihre erste Sesssion abgehalten. Das französische Außenministerium hat über die Sitzung ein Communiqué herausgegeben, in dem es heißt, daß in der Sitzung die Lage in den beiden Zonen der Gegenwart eingehender Auseinandersetzungen gewesen sei. Eine objektive Prüfung habe zu der Feststellung geführt, daß die beiden Delegationen in der Auffassung über die gegenwärtige Lage und über die zu erreichenden Ziele vollständig einig seien. Die beiden Delegationen beschloßen, die Arbeiten über die verschiedenen Fragen unter ihre Mitglieder zu verteilen. Der Bericht der Unterkommission wird einer Vollversammlung unterbreitet werden, die in der nächsten Woche stattfindet. Der Bericht soll glaubhaft machen zu können, daß die französisch-spanische Konferenz heute oder am kommenden Montag eine Entscheidung über die Verwirklichung des Riffs und über die Maßnahmen treffen werde, die die beiden Regierungen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in den beiden Zonen für notwendig halten.

Journal berichtet:

Paris, 20. Juni. Die französisch-spanische Marokkokonferenz nahm gestern eine Entscheidung an, derzufolge die Spanier diejenigen Gebiete an der Grenze ihrer Zone in Besitz nehmen sollen, die die französischen Truppen im Verlaufe der Operation im Mai, die zur Uebergabe Abd el Krimis führten, besetzt haben.

Noch keine Lösung der französischen Krise. Herriot verzichtet auf Kabinettsbildung. — Briand erneut zur Kabinettsbildung beauftragt.

II. Paris, 20. Juni.

Die Kabinettskrise hat eine sensationelle Wendung genommen. Während heute morgen um vier Uhr nach dem Verlassen der Kammer der Journalisten erklärt, daß die Bildung des Kabinetts gute Fortschritte mache und keine Zusammenkunft offiziell gegen Mittag bekanntgegeben würde, ist im Laufe des Vormittags offiziell mitgeteilt worden, daß Herriot auf die Kabinettsbildung verzichtete und seinen Auftrag in die Hände des Präsidenten der Republik zurückgelegt habe. Der Grund, der Herriot zur Verzichtleistung veranlaßte, war, wie er beim Empfang der Pressevertreter selbst erklärte, der, daß der Abgeordnete Champetier de Ribes, Mitglied der linksdemokratischen Gruppe, das ihm angebotene Ministerium der Pensionen nicht annehmen zu können glaubte. Durch den Eintritt des genannten Abgeordneten in das Kabinetts sollte der Charakter der republikanischen Konzentration deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Die Weigerung Champetier de Ribes hat die Abg. Vietry und Romier veranlaßt, die ihnen zugedachten Portefeuilles des Budgets und des Schatzamts gleichfalls auszuweichen. Um 1/8 Uhr morgens wurde Herriot vom Präsidenten der Republik empfangen, den er von dem Fehlschlagen seines Auftrags in Kenntnis setzte. Um 9 Uhr morgens hat Doumergue unermüdetlich die Besprechungen zur Lösung der Kabinettsfrage wieder aufgenommen. Als erster wurde Senatspräsident De Seives berufen, um 10 Uhr wurde Briand berufen und kurz vor 12 Uhr wurde in einem offiziellen Communiqué mitgeteilt, daß Briand erneut den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen habe. Briand hat im Laufe des Nachmittags die Besprechung zur Bildung des Kabinetts aufgenommen und wird entweder heute abend oder morgen vormittag dem Präsidenten der Republik über das Ergebnis seiner Bemühungen unterrichten.

Als Finanzminister werden Poincaré und Sokolowski genannt.

Um die Aufteilung Abessinien.

III. London, 19. Juni.

Times schreiben, das im Frühjahr d. J. abgeschlossene englisch-italienische Abkommen über die wirtschaftlichen Rechte in Abessinien habe einen Meinungsaustrausch zwischen den Kabinetten von London, Paris und Rom mit sich gebracht. Die französische Regierung sei nicht abgeneigt, die Rechte Italiens in wirtschaftlicher Beziehung in dem Teile Abessinien anzuerkennen, der das Hinterland der angrenzenden italienischen Besitzungen bilde und werde auch gegen den Bau einer Bahnlinie zwischen diesen beiden Teilen keinen Einspruch erheben. Sie weise jedoch darauf hin, daß die italienischen Ansprüche nicht auf ein Monopol für die Kolonisation und für die Ausbeutung der Mineralvorkommen dieser Gegend hinauslaufen dürften. Die ganze Lage würde noch verwickelter durch den Vorschlag der britischen Regierung, daß die drei in Frage kommenden Großmächte unverzüglich wegen der Abschaffung der Sklaverei in Abessinien miteinander in Verbindung treten und die Frage nötigenfalls dem Völkerbund unterbreiten sollten.

Diese wenn auch nicht gerade besonders lebenswürdige Zustimmung Frankreichs zu den abessinischen Bestrebungen Italiens hat nicht zuletzt seinen Zweck darin, Italien zur Kompensation auf besondere Wünsche in Marokko verzichten zu lassen.

Severings Erkrankung.

Der preussische Innenminister Genosse Severing hatte am vorigen Montag nach seiner Rückkehr von einem längeren Erholungsurlaub die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Wie der Sozialdienst mitteilt, hat es sich aber herausgestellt, daß er noch nicht genügend gekräftigt war, um sein schweres Amt weiterzuführen. Auf den dringendsten Rat seiner Ärzte hat Genosse Severing am Montag zu einer Nachkur ein Sanatorium in Mitteldeutschland aufsuchen müssen.

Der „edelmütige“ Mussolini.

(Von unserem italienischen Berichterstatter.)

Die Geschichte vergehnt wohl kaum eine Bewegung, der es so vollkommen an Edelmütigkeit und Ritterlichkeit gefehlt hätte, wie dem italienischen Faschismus. Für ihn ist der Ueberfall der vielen auf einzelne, der Bewaffnete auf Wehrlose, der Inhaber der Staatsgewalt auf die ihrem Schutz befohlenen Volksgenossen eine tägliche Gewohnheit, deren er sich rühmt, die er als „faschistischen Stil“ bezeichnet. Jeder sollte meinen, daß sich in dieser Beziehung der Faschismus völlig ausgelebt und genug getan hat. Aber der Faschismus selbst ist nicht dieser Meinung. Seine Schüftigkeit ist ihm noch immer zu edelmütig. Und jetzt gibt er sich, wo er von mehr als 200 Toten in Warschau lebt, daß er nie eine so stattliche Zahl antifaschistischer Leichen auf einen Haufen getürmt hat. Die Keule kommt in dem Mailänder Organ des Ministerpräsidenten in den folgenden Worten zum Ausdruck:

„Die faschistische Revolution ist zu edelmütig mit ihren Feinden gewesen. Der vernichtende Chok ist ausgeblieben. Unsere Feinde haben eine Bewegungs- und Reibefreiheit genossen, über die wir uns heute, nach mühsam erlangtem Siege, selbst wundern. Welche Macht, welche moralische oder juristische Befugnisse konnte uns hindern, diese Feinde des Faschismus und Italiens wie drockige Lumpen unter den Mauern unserer kommunalen Türme oder auf einem luftigen Plage einer italienischen Stadt hinzustrecken? Nichts und niemand konnte uns diese heilsame Raube verbieten, die lautere Gerechtigkeit war. Statt dessen wollten wir edelmütig sein und haben unerhörte Dinge erlebt: Haben überführte Verleumder gesehen, die Männer von höchstem nationalen und faschistischem Verdienst vor den obersten Gerichtshof schleifen, haben von Zeitungen und Zeitungsschreibern die moralische Lynchjustiz wie eine Mission erfüllen sehen, haben Parteien und Sekten den Bürgerkrieg preisen hören. Wirklich, wenn man im Ausland sagt, daß der Faschismus mit barbarischen und blutigen Methoden begiegt hat, kommt uns das Lachen an. Wir haben die Gegner mit Glacehandschuhen angefaßt. Die Epitaphen des Verleumders Donati (dem man den Auslandspaß gegeben hat. D. N.) beweist, daß der Faschismus zu zitterlich war. Der Faschismus hatte jedes Recht über Donati und konnte es ausüben. Statt dessen ließ er ihn auswandern, so daß diese Kanaille seit Monaten in Frankreich Schändlichkeiten gegen das Land speit. Unwürdiger Ekelmut aber endgültige Lehre. Wer uns heute, morgen oder in aller Zukunft etwa entgegenzutreten wagt, der sei auf den Kriegstuf aber auch auf den guten Kriegstuf gefaßt.“

Wir wissen es also jetzt aus der am meisten maßgebenden Quelle, daß wir in Zukunft nicht mehr auf die Edelmütigkeit rechnen dürfen, die Matteotti von fünf Schergen überfallen ließ, die Amendola in einem Hinterhalt lockte, wo im Dunkel der Nacht sich zwanzig gegen einen wagten; daß es vorbei ist mit dem Ekelmut, der die Häuser verwüstet und ausräumt, vorbei mit der Taten von Florenz, die den Genossen Pisani im Bett niederschossen; den Genossen Consolo vor den Augen seiner kleinen Kinder, der ein Töchterchen des ermordeten Eisenbahners in den brennenden Stroh der Möbel seines Hauses zu werfen suchte. All das ist jetzt vorüber.

Der Faschismus hat den liberalen Staat überwunden und durch den korporativen Staat ersetzt. Volkzogen hat sich dies Mirakel durch das neue Gesetz über die Syndikate und durch die zu ihm am 19. D. M. erlassenen Ausführungsbestimmungen. Der korporative Staat basiert auf dem Grundgedanken der Zusammenfassung aller wirtschaftlich Tätigen in Korporationen oder Gilden. Soweit diese Gilden faschistisch geleitet sind, können sie staatliche Anerkennung erlangen und mit ihr das Monopol der Interessenvertretung aller Angehörigen ihrer Kategorie, auch der außerhalb der Gilde stehenden. Diese Augenstehenden werden zur Beitragsleistung herangezogen, sind aber im Übrigen gezwungen, ihre Interessen der anerkannten Gilde zu überantworten. Die Ausführungsbestimmungen können wir nur andeutend erwähnen, denn sie entfallen über 100 Artikel und sind furchtbar gestraucht und umständlich. Wichtig an ihnen ist, daß alle Arbeiter unter 21 Jahren von den anerkannten Organisationen ausgeschlossen sind, ebenso die Ausländer, die seit weniger als zehn Jahren in Italien leben. Natürlich wird auch für die Mitgliedschaft „nationale Gesinnung“ gefordert. Wichtig ist weiter, daß der von der sogenannten Linken des Faschismus verfolgte Gedanke der sogenannten integralen Korporation, in der Unternehmer und Arbeiter gemeinsam organisiert sein sollten, ganz fallen gelassen ist. Sowohl die Arbeiter als die Unternehmer und die frei Berufstätigen können ihre Organisationen (jede für sich) konsolidieren, so daß schließlich übrig bleiben: für die Unternehmer je eine Konsolidation der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Schifffahrt, der ländlichen Transporte und eine der Banken; für die Arbeiter und das technische Personal je eine Konsolidation derselben sechs Produktions- und Verkehrszweige; für die freien Berufstätigen eine Konsolidation der geistigen Berufe, der Künstler und der Handwerker. Jede dieser drei Hauptgruppen kann für Wohlfahrts- und Bildungszwecke eine Konsolidation ihrer Konsolidationen bilden. Der Traum Kolonien, den Klassenkampf durch die Organisation zu beseitigen; indem man die entgegenstehenden Interessen in einer gemeinsamen Organisation zusammenfaßt, wird durch eine andre Utopie ersetzt. Zwischen den nationalen Konsolidationen vermitteln Regierungsorgane, die „korporative“ also zünftlerische Organe heißen, vom Ministerium der Konsolidationen geschaffen werden und als Einigungsinstanzen fungieren, den Arbeitsnachweis übernehmen und eventuell monopolisieren, und das Lehrlingswesen regeln. Beachtenswert ist, daß das Reglement die Abänderung der Tarifverträge während ihrer Gültigkeit verbietet, wenn sich die Sachlage, die zur Zeit des Abschlusses vorlag, wesentlich geändert hat. Theoretisch wird dadurch der Begriff des Vortrages und seiner Rechtsverbindlichkeit aufgehoben. Praktisch wird diese Bestimmung die Unternehmer in den Stand setzen, sich eines Vertrages zu entledigen, der ihnen nicht mehr lohnenswert. In der Beziehung erinnern wir an ein Beispiel, das die Organisation von Molinella gegeben haben. Sie hatten einen mehrjährigen Tarifvertrag, als plötzlich die Entwertung der Lira eintrat. Die Agrarier erbaten sich, den Vertrag abzuändern. Die Gewerkschaft lehnte dankend ab, mit dem Bemerkung, daß ein Vertrag nicht aufhört, verbindlich zu sein, wenn er einem der Kontrahenten un bequem wird. Das waren so veraltete Rechtsbegriffe der roten Umstürzler!

Neue Sturmjahren im Prager Parlament.

Am die Dreiergeschäfte.

Prag, 20. Juni.
Das Abgeordnetenhaus hat die Kongruavotlage (Votlage über die Dreiergeschäfte) im abgeklärten Verfahren erledigt. Das Stimmenverhältnis bei der Annahme der Kongruavotlage ist 148 gegen 115. Die Abstimmung über die Kongruavotlage verlief unter ungeheurem Lärm der Oppositionsparteien. Nach Ablehnung eines sozialistischen Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung begannen die tschechischen Sozialisten und Sozialdemokraten ein Huschli zu singen. Hierauf folgte eine lärmende Diktation ein. Während des Dämons sich der Vorsitzende

abstimmen. Abg. Dr. Kosek (Tschechoslowakische Volkspartei) ging, um die Worte des Vorsitzenden bei der Abstimmung besser zu verstehen, näher zur Präsidententribüne, worauf mehrere Kommunisten den Abgeordneten von dort fortzudrängen wollten. Das war das Signal zu einem allgemeinen Sturm der Kommunisten auf die Präsidententribüne. Es entstand ein ungeheurer Tumult und ein Gedränge zwischen Kommunisten und anderen Abgeordneten, wobei gepöfien wurde. Der Vorsitzende rief die Parlamentswache, welche im Saale Aufstellung nahm. Dies rief einen neuen Entzündungsturm bei den Kommunisten hervor. Sie verlangten die Zurückziehung der Wache, die auch erfolgte. Nach Abzug der Parlamentswache kürzten sich aber die Kommunisten auf die Stenographen und die Mitarbeiter der Parlamentskorrespondenz und entziffen diese die Stenogramme und Aufzeichnungen. Die Parlamentswache wurde wiederum berufen. Es entstand ein Handgemenge. Die Kommunisten verlangten stürmisch den Abzug der Parlamentswache. Der Vorsitzende erklärte jedoch, er werde, solange die Präsidententribüne von den Kommunisten belagert sei, die Parlamentswache nicht zurückziehen. Nach einer Pause gab der Vorsitzende seinem tiefen Bedauern über die schweren Ausschreitungen der Opposition Ausdruck, worauf die Sitzung geschlossen und die nächste für Dienstag anberaumt wurde.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Von S. Kufhäuser, Berlin.

Im Artikel 157 der Weimarer Verfassung wird angekündigt: „Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.“ Es fehlt bisher auch noch am ersten Anfang, dieses Versprechen zu erfüllen. Im Reichsarbeitsministerium besteht zwar seit einigen Jahren ein Arbeitsrechtsausschuss, dem begabte Männer angehören, der aber praktisch gesehen eine gefährliche Ähnlichkeit mit der jetzt existierenden Sozialfürsorgekommission hat. Schlichtlich ist ja auch das Arbeitsrecht ungeeignet, in wissenschaftlichen Studienkommissionen gelöst zu werden. Es kann und wird nur im sozialen Ringen der Klassen entstehen, wie auch andere Verfassungsbestimmungen solange auf dem Papier stehen, bis sie durch die eigene Kraftentfaltung der Arbeiterklasse lebendige Wirklichkeit werden.

So ist das Arbeitsrecht heute noch zersplittert und unvollkommen. Es ist ein Teil aus dem gesamten deutschen Recht, das auf den Grundlagen des römischen Rechts ruht. Das römische Recht ist aber, sozial gesehen, nichts anderes als Sklavenordnung. Der arbeitende Sklave war Objekt des Arbeitsvertrages. So vermissen wir auch in dem heutigen deutschen Sozialrecht noch jene Regelung, nach der der Mensch im Vergleich zur toten Sache einen besonderen gesetzlichen Schutz erfahren soll.

Die entsprechenden Arbeitsrechtsgesetze werden noch einige Zeit auf sich warten lassen, die deutsche Reaktion hat „besseres“ zu tun. Das Arbeitsgerichtsgesetz hat beim Fehlen dieser Gesetze eine besondere Bedeutung. Die Rechtsprechung an den Arbeitsgerichten müßte dies kommende einheitliche Arbeitsrecht vorbereiten. Die Sprachpraxis der Arbeitsgerichte muß gleichzeitig das neue Recht schaffen: Das einheitliche Arbeitsrecht kann nur aus der Arbeitsgerichtsbarkeit herauswachsen, denn schlichtlich soll es nicht nur sozial sein, sondern es muß ein autonomes Recht werden. Aus dem Springquell des täglichen sozialen Lebens allein läßt sich jenes soziale Arbeitsrecht schaffen. Die beteiligten Arbeiter und Angestellten sollen immer wieder selbst von neuem das Recht erschaffen, es von sich aus verwirklichen.

Es ist interessant, daß der Reichsarbeitsminister in seinem Entwurf, das kollektive Arbeitsrecht zum ersten Male in einem ordentlichen Gesetz voll und bedingungslos anerkennen muß. Die Realisation der Arbeiter und Angestellten werden parteifähige Rechtswertungen ihrer Mitgliedschaften. Das ist nicht nur ein Tageserfolg, sondern dieses Vordringen des Kollektivismus ist ein erster Schritt überhaupt. Nach der französischen Revolution war die individuelle Freiheit das Ideal allen Kampfes. Heute ist eine kapitalistische Regierung in Deutschland gezwungen, die Organisation der Arbeiter als gesetzlichen und rechtlichen Faktor in aller Form anzuerkennen.

Sollen nun die neuen Arbeitsgerichte mit diesem Gedanken des Kollektivismus das künftige Recht bilden, dann passen sie selbstverständlich nicht in die Atmosphäre der ordentlichen Gerichte hinein. Alle Formalien und Einzelheiten treten zurück gegenüber der einen Frage, die Arbeitsgerichte von dem Einfluß und der Aufsicht der ordentlichen Justiz zu befreien, die in dem Entwurf vorgezeichnet sind. In der Unterstufe sollen nur ordentliche Richter als Vorsitzende zugelassen sein, d. h. in vielen Fällen Amtsrichter und Vorsitzende des Arbeitsgerichts durch Personalunion verbunden sein. Noch schlimmer ist die Eingliederung der Landesarbeitsgerichte in die Sphäre der ordentlichen Landesgerichte. Dabei sollen die Landesjustizbehörden alle entscheidenden Aufsichtsbefugnisse erhalten; die Abhängigkeit des Reichsarbeitsgerichts vom Reichsgericht liegt ähnlich. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird den Kampf um eine wirkliche Unabhängigkeit der Arbeitsgerichte in den Mittelpunkt ihrer Arbeit im sozialen Ausschuss stellen. Daneben gilt es natürlich, die Mängel des Entwurfs hinsichtlich des Personalreifes, der sachlichen Zuständigkeit und der Verfahrensordnungen abzustellen, wie auch der Kampf gegen die Zulassung der Rechtsanwältinnen noch recht lebhaft werden dürfte.

Zunächst aber muß das Richtermonopol bei der Bestellung der Vorsitzenden fallen. Die formaljuristische Vorbildung kann nicht entscheidend sein. Die Arbeitsrichter müssen vielmehr frühzeitig haben mit dem Wirtschafts- und Arbeitsleben, sie müssen Verständnis haben für das Denken, Fühlen und Streben der arbeitenden Menschen, die hier ihr Recht suchen.

Die Verfassungsänderung in Polen.

Verstärkte Opposition gegen die Regierungspläne.

DE. Der veröffentlichte Gesetzentwurf über die Verfassungsänderungen und die Sondervollmachten für die polnische Regierung geht in seiner parlamentsfeindlichen Tendenz noch weiter, als ohnehin erwartet wurde. Die als dauernd gedachten neuen Rechte des Staatspräsidenten, auf Beschluß des Ministerrats den Sejm aufzulösen und gegen Sejmbeschlüsse ein ausübendes Veto einzulegen, finden in den Sejmkreisen eine noch relativ günstige Aufnahme. Auch die Beschränkung der normalen Sejm tagungen auf die Zeit vom September bis Januar und die viermonatige Befristung für die Budgeta n a h m e erscheinen allenfalls erträglich. Dagegen verhält sich die Opposition gegen den Punkt der Verfassungsänderung, durch welchen für die Zeit der Nichttagung des Parlaments dem Präsidenten das Recht zu Verordnungen mit Gesetzeskraft eingeräumt werden soll. Und aufs höchste wächert der Widerstand gegen die geplanten Sondervollmachten für die gegenwärtige Regierung. Der Gesetzentwurf steht in dieser Hinsicht vor, daß die laufende Sejm tagung im Juli 1928 endet und daß das Recht der Verordnungen mit Gesetzeskraft alsbald bis Ende 1927, also für anderthalb Jahre, eingreift. Da die Regierung sich einer sofortigen Auflösung des Sejms widersetzt und Neuwahlen frühestens im Januar vornehmen will, und da auf der anderen Seite eine erneute Einberufung der jetzigen Kammer als ausgeschlossen gelten muß (es sei denn zu einer kurzfristigen Herbstsession, um das Budget für das 4. Quartal zu erledigen) so laufen die Regierungspläne vorläufig auf die Herbeiführung einer parlamentslosen Zeit bis Sommer 1927 hinaus. Hierüber herrscht die größte Erregung. Der „Robotnik“ schreibt: „Das Gesetz atmet den Geist des reinsten Antiparlamentarismus.“ Die Rechte spreche möchte gerade der Regierung Vorteil ungenutzter Ermächtigungen erteilt sehen, da diese loeben tiefeingreifende Entlassungen und Neuernennungen in allen Ministerien vornimmt. Auch findet die Rechte ihre Forderung einer neuen Verfassung unerfüllt.

Der Sejm tritt Dienstag zusammen. Um die Regierungspläne

lagen durchzuführen, bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen. Bei der Einstellung der Linksparteien erwartet man, daß diese gegen die Vorlagen stimmen werden und daß sich voraussichtlich auch die nationalen Minderheiten ihnen anschließen würden. Da andererseits auch die Rechte verschiedene Punkte der Vorlagen nicht annehmbar findet, so erscheint die qualifizierte Mehrheit keineswegs als gesichert. Den verschiedenen Bedenken und Einwendungen der Parteien kann freilich der Marschall Pilsudski die ihm tatsächlich zur Verfügung stehenden Machtmittel entgegenstellen, so daß bei einer Nichterfüllung der Wünsche der Regierung die Möglichkeit einer Militärdiktatur in die Erscheinung treten könnte.

Wie in Regierungskreisen verlautet, wird Präsident M o s z i c k i zurücktreten, wenn der Vorschlag zur Änderung der Verfassung von den gesetzgebenden Körperschaften nicht angenommen werden sollte. Auch der Sejmvorsitzende R a t a j erklärt noch einmal ganz entschieden, daß er in diesem Falle zurücktreten werde.

Das Zentralkomitee der Sozialistenpartei beruft zum 27. Juni Volksversammlungen ein, die die Anträge der sozialistischen Abgeordneten auf Auflösung des Sejms und Neuwahlen am 17. Oktober unterstützen sollen. Die Partei erklärt ferner einen Aufruf mit einem Protest gegen die von der Regierung angestrebte unverhältnismäßige Vermehrung ihrer Rechte. Auch sonst überwiegt in der Presse die Ablehnung der Regierungspläne. Andererseits warnen die dem Pilsudski-Lager angehörenden Blätter vor den Folgen, die eine Ablehnung der Regierungsentwürfe haben könnte.

Der Ministerrat hat den Beschluß gefaßt, den Ausnahmezustand in Pomerellen aufzuheben.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Von französischer Seite wird folgendes amtliche Kommuniqué verbreitet: Wir erfahren, daß die deutsche Handelsvertragsdelegation am Sonnabendmorgen der französischen Regierung die Zustimmung der Reichsregierung zu dem französischen Vorschlag über den Abschluß eines Teilabkommens übermittelte hat, das gewisse Kategorien landwirtschaftlicher und industrieller Produkte Frankreichs und Deutschlands umfassen würde. Da die Kammerferien in beiden Ländern bevorstehen, werden die entsprechenden Verhandlungen sehr rasch geführt werden.

In den Wandelgängen der Kammer erklärte der Vorsitzende der Zentralkommission, er rechne damit, den Gesetzentwurf über die Revision des allgemeinen Zolltarifs noch vor dem 10. Juli in der Kammer einzubringen. Der Entwurf könne im Verlauf des November zur Beratung kommen.

Massenkundgebung der Wiener Arbeiterchaft.

Gegen die Verkleinerung der Arbeitslosenunterstützung.

Eine riesige Straßenkundgebung der Wiener Arbeiterchaft fand am Freitagmorgen statt unter der Parole: „Weg mit der wackelbühnigen Regierung“, gegen deren Plan, die Arbeitslosenunterstützung wesentlich zu kürzen und zu verschlechtern. Die Arbeiter zogen mit zahlreichen roten Fahnen und Tafeln aus den Bezirken zum Schwarzenbergplatz und von dort über die Ringstraße am Parlament vorbei. Die Beteiligung war so riesig, daß die Zahl der Teilnehmer auf 150 bis 200 000 Mann geschätzt wird. Um 1/2 Uhr kam die Spitze des Zuges am Parlament vorbei, wo, um eine Stauung zu verhindern, jeweils zwei Bezirke nacheinander marschieren mußten. Nach einer Stunde waren erst 6 von 21 Bezirken vorübergezogen und erst um 8 Uhr abends hat die Kundgebung vor dem Parlament ihr Ende erreicht. Die Erregung der Massen kam in stürmischen Rufen Weg mit der Regierung Kamek zum Ausdruck. Die Demonstration verlief würdig und ohne Störungen; sie hinterließ einen gewaltigen Eindruck. Vor der italienischen Gesandtschaft kam es zu ähnlichen Kundgebungen gegen den Faschismus und die Herrschaft Mussolinis.

Portugal unter der Militärdiktatur.

Ll. Paris, 18. Juni.

Nach Meldungen aus Lissabon hat General Costa gestern morgen den Ministerpräsidenten Cabecadas in einem Schreiben zur Demission aufgefordert und angekündigt, daß er selbst die Ministerpräsidentenschaft und das Innenministerium übernehmen werde. Cabecadas ist zurückgetreten. Costa befehlt verschiedene strategische Punkte der Hauptstadt und ließ die Truppen einmarschieren. Vorläufig ist es in Lissabon ruhig; die Bevölkerung befürchtet aber neue Schwierigkeiten.

Ll. Madrid, 19. Juni.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, hat General Gomez die Costa das Ständrecht verhängt, weil die Arbeiterverbände den Generalkrieg zu organisieren versuchten. Obwohl alle hohen Beamten mit Monarchisten befeht sind, erklärten die Generäle, daß sie die republikanische Staatsform wahren wollten. Die republikanischen Truppen der Lissaboner Garnison haben sich am späten Abend General Costa unterworfen. — Als der spanische Diktator Primo de Rivera von den Vorgängen in Portugal erfuhr, trank er auf das Gelingen der Militärdiktatur im Nachbarreiche.

Neue Höchstätze für Gemeindegetränksteuern

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Auf Grund von § 14 Abs. 2 Satz 2 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. August 1925 werden mit Zustimmung des Reichsrats als Höchstätze für die Gemeindegetränksteuern nach der Menge des steuerbaren Getränkes bis auf weiteres folgende Beträge festgesetzt: Traubenwein offen ein Liter 3 Pfg., in Flaschen eine ganze Flasche 6 Pfg., weinähnliche Getränke eine ganze Flasche 1,5 Pfg., weinähnliche Getränke eine ganze Flasche 5 Pfg., Schaumwein mit Ausnahme von Frucht Schaumwein eine ganze Flasche 75 Pfg., Frucht Schaumwein eine ganze Flasche 6 Pfg., Schaumweinähnliche Getränke ein Liter 18 Pfg., Einfaßbier ein Liter 1 Pfg., Schanfbier ein Liter 1,5 Pfg., Wollbier ein Liter 2 Pfg., Starfbier ein Liter 3 Pfg., unverschnittener Arrak, unverschnittener Rum, unverschnittener Trankbranntwein aus Obststoffen und Trankbranntwein mit einem Gehalte von mehr als 10 v. H. Extrakt ein Liter 70 Pfg., andere Trankbranntweine ein Liter 40 Pfg.

Die Verordnung tritt am 1. Juli 1928 in Kraft. Gleichzeitig tritt die vierte Verordnung über Höchstätze für die nach der Menge des steuerbaren Getränkes bemessenen Gemeindegetränksteuern vom 24. November 1923 außer Kraft.

Die chinesische Regierungsbildung. Nach einer Meldung der Pekingischen Zeitung aus Peking ist der chinesische Ministerpräsident Dr. Yen (der vornehmlich von Wupeisu geführt wird) zurückgetreten, nachdem er fünf Wochen vergeblich versucht hatte, ein Kabinett zu bilden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Kurt Günther in Leipzig.

Verantwortlich für den Inhaltsteil:

Hugo Seyffand in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Das Parlament der Verbraucher. Zum außerordentlichen Genossenschaftstag in München

Von Paul Lange, Berlin. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hielt in den Tagen vom 14. bis 17. Juni seinen 23. ordentlichen Genossenschaftstag in München ab.

Nach dem Jahresbericht, der von Heinrich Kaufmann und Hugo Bästlein erstattet wurde, gehören dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine mehr als 1100 Genossenschaften an, die insgesamt 3.400.000 Mitgliederfamilien haben.

Der Genossenschaftstag beschäftigte sich mit der Hochschulpolitik der deutschen Regierung und sprach sich dahin aus, daß diese Hochschulpolitik eine Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung zur Folge gehabt, sich aber nicht als ein geeignetes Werkzeug zum Abschluß günstiger Handelsverträge erwiesen habe.

Die wirtschaftlichen Folgen seien verschärft worden durch die Nachhilfe der Regierung gegenüber den weitverbreiteten Kartellauswüchsen, durch die die Senkung des deutschen Preisniveaus und seine Anpassung an die Weltmarktpreise künstlich verhindert wird.

Der Genossenschaftstag verlangte, daß Regierung und Volkswirtschaft keinesfalls eine weitere Zollerhöhung unterstützen, sondern den stufenweisen Abbau der überhöhten Zölle mit Beschleunigung und Energie in die Wege leiten und daß sie ferner endlich die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen veranlassen, um die Kartellauswüchse zu beseitigen.

Daneben beschäftigte sich der Genossenschaftstag mit verschiedenen Fragen, die die Genossenschaften selbst betreffen. In einem Vortrage von Paul Hoffmann wurde betont, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Genossenschaftsbewegung sei, die Mitglieder zur Barzahlung zu erziehen.

Die Genossenschaften sollen das Barwesen nicht einführen, sondern dort, wo es vorhanden ist, befähigen. Das Barwesen verurteile die Konsumvereine unvermeidliche Ausfälle und erhöhte Kosten.

Die Konsumvereine sollen durch Selbsthilfe-Einrichtungen Vorsorge treffen, den Mitgliedern für besondere Notlagen Rücklagen zu schaffen, die es ermöglichen, die Warenentnahme aus der Genossenschaft auch in Notfällen gegen Barzahlung fortzusetzen.

Es wird empfohlen, die Rückvergütung nach Auffüllung des Geschäftsanteils nicht auszumalen, sondern jedem Mitglied als Sparguthaben gutzuschreiben und ihm dadurch ein persönliches Guthaben zu schaffen, das ihm in Notfällen zur Verfügung steht.

In Verbindung damit sprach Heinrich Kaufmann über das Konsumgenossenschaftliche Sparwesen. Die große Mehrzahl der Konsumgenossenschaften gibt ihren Mitgliedern durch Errichtung einer Sparabteilung die Möglichkeit der Bildung eines freiwilligen Fonds.

Die einzelnen Konsumvereine sollen beim Einkauf in erster Linie die Waren beziehen, die durch die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine geliefert werden können.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine unterhält eine Konsumgenossenschaftliche Fortbildungsschule und veranstaltet alljährlich zahlreiche Fortbildungskurse, sowohl für Vorstandsmitglieder und Angestellte der Konsumgenossenschaften, als auch für deren ehrenamtlichen Funktionäre.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine unterhält eine Konsumgenossenschaftliche Fortbildungsschule und veranstaltet alljährlich zahlreiche Fortbildungskurse, sowohl für Vorstandsmitglieder und Angestellte der Konsumgenossenschaften, als auch für deren ehrenamtlichen Funktionäre.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine unterhält eine Konsumgenossenschaftliche Fortbildungsschule und veranstaltet alljährlich zahlreiche Fortbildungskurse, sowohl für Vorstandsmitglieder und Angestellte der Konsumgenossenschaften, als auch für deren ehrenamtlichen Funktionäre.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine unterhält eine Konsumgenossenschaftliche Fortbildungsschule und veranstaltet alljährlich zahlreiche Fortbildungskurse, sowohl für Vorstandsmitglieder und Angestellte der Konsumgenossenschaften, als auch für deren ehrenamtlichen Funktionäre.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine unterhält eine Konsumgenossenschaftliche Fortbildungsschule und veranstaltet alljährlich zahlreiche Fortbildungskurse, sowohl für Vorstandsmitglieder und Angestellte der Konsumgenossenschaften, als auch für deren ehrenamtlichen Funktionäre.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine unterhält eine Konsumgenossenschaftliche Fortbildungsschule und veranstaltet alljährlich zahlreiche Fortbildungskurse, sowohl für Vorstandsmitglieder und Angestellte der Konsumgenossenschaften, als auch für deren ehrenamtlichen Funktionäre.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine unterhält eine Konsumgenossenschaftliche Fortbildungsschule und veranstaltet alljährlich zahlreiche Fortbildungskurse, sowohl für Vorstandsmitglieder und Angestellte der Konsumgenossenschaften, als auch für deren ehrenamtlichen Funktionäre.

Einige kommunistische Redner versuchten bei verschiedenen Tagesordnungspunkten solche Dinge in die Diskussion zu ziehen, die entweder Aufgabe der politischen Parteien oder der Gewerkschaften sind.

Bei den Wahlen für den Vorstand und den Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurden die auscheidenden Personen wieder gewählt.

Am 17. Juni fand die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt.

Nikolai Tschoidze.

(I.) Die ganze Tragik der Arbeiterklasse Rußlands kommt in dem Schicksal Nikolai Tschoidzes, der sich im Exil in Paris, 62 Jahre alt, selbst den Tod gab, zum Ausdruck.

Im Jahre 1864 fand in ihm stets den bereiten und mutigen Vorkämpfer. Als der Zarismus im März 1917 zusammenbrach, verstand es sich von selbst, daß ihm der Vorstoß des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats übertragen wurde.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat an die Auslandskorrespondenz der georgischen sozialdemokratischen Partei folgendes Telegramm gerichtet: „Der tragische Tod Tschoidzes, des vorbildlichen Kämpfers gegen den Zarismus, des großen Führers des sozialistischen Georgiens wird bei den Arbeitern aller Länder tiefe Teilnahme erwecken.“

Ergebnis des Volksentscheids der Amtshauptmannschaft Leipzig

Table with 7 columns: Ort, Stimmberechtigte, Gesamtsahl der abgegebenen Stimmen, Beim Volksbegehren abgegebene Stimmen, Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Unültige Stimmen. Lists various districts and their respective vote counts.

In der Amtshauptmannschaft Leipzig gaben somit 63,3 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Stimme mit Ja ab. Obiges Resultat schließt das Ergebnis der 2 revidierten Städte Taucha und Markranstädt aus.

Das Ergebnis des Volkentscheids in Leipzig-Stadt

Übersicht über die in den einzelnen Wahlbezirken abgegebenen Stimmen.

Wahlbezirk und Wahlraum	Wahlberechtigte	Gesamtstimmen	Ja	Nein	Ungültige Stimmen
Leipzig-Mitte					
1. Frauenberufsschule, Schillerstraße 9	1682	686	629	32	25
2. Frauenberufsschule, Schillerstraße 9	1676	818	785	21	32
3. Frauenberufsschule, Schillerstraße 9	1653	632	585	16	81
4. Frauenberufsschule, Schillerstraße 9	1526	676	527	31	18
5. Schulgebäude, Johannisplatz 6	1500	488	446	19	23
6. Schulgebäude, Johannisplatz 6	1534	503	544	29	20
7. Schulgebäude, Johannisplatz 6	1527	644	610	18	16
8. Volksschule, Johannisplatz 7	1398	627	565	33	26
9. 10. Volksschule, Laubhewenweg 2	1478	720	648	43	29
10. 10. Volksschule, Laubhewenweg 2	1516	651	516	31	34
11. Volksschule, Johannisplatz 7	1416	454	420	19	15
12. Volksschule, Johannisplatz 7	1611	617	562	25	30
13. Anabenberufsschule, Wiatowitzstraße 4	1614	804	714	47	48
14. Anabenberufsschule, Wiatowitzstraße 4	1382	678	626	24	28
15. Volksschule, Königsstraße	1634	546	477	35	35
16. 9. Volksschule, Glodenstraße 6	1582	780	675	52	55
17. Volksschule, Königsstraße	1577	911	856	30	25
18. Volksschule, Königsstraße	1650	965	908	29	28
19. 9. Volksschule, Glodenstraße 6	1670	897	841	32	24
20. Volksschule, Königsstraße	1371	833	576	32	23
21. 9. Volksschule, Glodenstraße 6	1439	576	535	17	24
22. 1. Höhere Mädchenschule, Albertstraße	1013	478	449	17	12
23. 1. Höhere Mädchenschule, Albertstraße	1022	422	403	11	8
24. 1. Höhere Mädchenschule, Albertstraße	1601	545	482	28	35
25. 1. Höhere Mädchenschule, Albertstraße	1683	543	495	41	14
26. 1. Höhere Mädchenschule, Albertstraße	1577	520	454	42	25
27. Anabenberufsschule, Schletterstraße 10	1594	764	690	35	39
28. Anabenberufsschule, Schletterstraße 10	1568	642	551	35	35
29. Anabenberufsschule, Schletterstraße 10	1333	798	727	37	37
30. Mädchenberufsschule, Dohsestraße 45	1512	859	777	54	28
31. Anabenberufsschule, Schletterstraße 10	1366	623	558	38	27
32. Anabenberufsschule, Schletterstraße 10	1492	793	729	37	27
33. Petrischule, Sidonienstraße 50	1471	854	765	50	39
34. Petrischule, Sidonienstraße 50	1465	772	719	31	32
35. Petrischule, Sidonienstraße 50	1406	681	633	21	27
36. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1448	658	556	37	35
37. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1723	1141	1081	38	22
38. Oberrealschule, Scharnhorststraße 15	1677	342	317	12	13
39. 1. Volksschule, Petalozzistraße 4	1400	805	760	27	18
40. Oberrealschule, Scharnhorststraße 15	1639	493	454	37	22
41. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1654	752	698	36	18
42. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1406	606	552	34	20
43. 1. Volksschule, Petalozzistraße 4	1547	762	685	54	22
44. Oberrealschule, Scharnhorststraße 15	1730	619	566	35	22
45. 1. Volksschule, Petalozzistraße 4	1551	780	706	38	45
46. Oberrealschule, Scharnhorststraße 15	1458	677	614	28	35
47. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1420	665	426	15	21
48. 4. Volksschule, Voltstraße 55	1391	674	513	30	31
49. 4. Volksschule, Voltstraße 55	1502	657	613	23	21
50. Oberrealschule, Scharnhorststraße 15	1393	629	566	34	25
51. Oberrealschule, Scharnhorststraße 15	1541	506	469	24	13
52. Oberrealschule, Scharnhorststraße 15	1714	391	355	16	18
53. 4. Volksschule, Voltstraße 55	1440	392	337	33	22
54. 4. Volksschule, Voltstraße 55	1746	742	673	43	26
55. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1619	334	287	27	20
56. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1129	664	600	22	42
57. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1525	696	616	39	41
58. 3. Realschule, Bundstraße 2a	1483	618	535	39	44
59. Mädchenberufsschule, Dohsestraße 45	1499	353	317	21	15
60. Mädchenberufsschule, Dohsestraße 45	1761	305	269	13	3
61. Mädchenberufsschule, Dohsestraße 45	1300	948	309	18	19
62. Thomasschule, Schreberstraße 9	1515	635	568	44	23
63. Thomasschule, Schreberstraße 9	1518	677	606	35	38
64. Thomasschule, Schreberstraße 9	1487	633	532	26	54
65. 41. Volksschule, Hauptmannstraße 8	1382	708	625	49	34
66. 41. Volksschule, Hauptmannstraße 8	1303	457	414	18	25
67. 41. Volksschule, Hauptmannstraße 8	1539	612	552	41	23
68. 1. Katholische Schule, Alexanderstr.	1314	626	493	14	19
69. 1. Katholische Schule, Alexanderstr.	1472	842	755	43	44
70. 1. Katholische Schule, Alexanderstr.	1579	562	522	19	19
71. 1. Katholische Schule, Alexanderstr.	1378	401	456	18	17
72. Schulgebäude, Lessingstraße 25/27	1480	455	438	29	18
73. Mädchenberufsschule, Vorkingstr. 3	1084	483	441	25	17
74. Mädchenberufsschule, Vorkingstr. 3	1184	684	615	28	21
75. Schulgebäude, Lessingstraße 25/27	1583	577	518	39	16
76. Schulgebäude, Lessingstraße 25/27	1519	549	500	36	13
77. 40. Volksschule, Elläer Straße 1/3	1405	469	366	26	15
78. Schulgebäude, Lessingstraße 25/27	1346	474	426	21	27
79. Schulgebäude, Lessingstraße 25/27	1261	416	392	14	10
80. 40. Volksschule, Elläer Straße 1/3	1414	368	339	15	14
81. 40. Volksschule, Elläer Straße 1/3	1139	329	298	15	16
82. Mädchenberufsschule, Vorkingstr. 3	1142	453	410	25	18
83. Anabenberufsschule, Vorkingstr. 3	1400	417	376	26	15
84. Anabenberufsschule, Vorkingstr. 3	1145	457	445	24	18
85. 1. Realschule, Nordstraße 37	1119	414	356	26	32
86. 1. Realschule, Nordstraße 37	1120	695	626	37	32
87. 32. Volksschule, Vorkstraße 2/4	1293	490	432	40	19
88. 32. Volksschule, Vorkstraße 2/4	1300	725	645	31	29
89. 32. Volksschule, Vorkstraße 2/4	1411	374	317	27	30
90. 2. Höhere Mädchenschule, Döllinger Str. 2	1249	271	258	7	3
91. Schillerrealschule, Friederichstraße 12	1316	351	306	12	11
92. Schillerrealschule, Friederichstraße 12	1399	540	488	26	27
93. 33. Volksschule, Anhalter Straße 1	1935	1030	972	37	21
Westliche Stadtteile					
94. 17. Volksschule, Anger-Crottendorf	1473	1061	1022	32	27
95. 17. Volksschule, Anger-Crottendorf	1273	875	816	35	24
96. 17. Volksschule, Anger-Crottendorf	1496	903	818	48	42
97. 17. Volksschule, Anger-Crottendorf	1408	629	529	35	42
98. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1414	790	700	47	29
99. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1520	994	904	28	30
100. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1410	1085	911	31	—
101. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1301	1040	1040	16	24
102. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1304	779	734	40	40
103. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1012	724	724	32	29
104. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1049	775	722	22	16
105. 25. Volksschule, Anger-Crottendorf	1607	1224	1224	32	38
106. 27. Volksschule, Thonberg, Zillerstraße 9	1467	1124	1035	35	54
107. 14. Volksschule, Neusch. Neustadt Str.	1440	1031	933	37	61
108. 14. Volksschule, Neusch. Neustadt Str.	1486	1180	1086	50	44
109. 14. Volksschule, Neusch. Neustadt Str.	1258	1019	935	42	32
110. 17. Volksschule, Anger-Crottendorf	1701	1234	1163	46	46
111. 15. Volksschule, Neusch. Wissmannstr.	1588	1008	985	42	31
112. 15. Volksschule, Neusch. Wissmannstr.	1398	968	895	31	42
113. 14. Volksschule, Neusch. Neustadt Str.	1476	781	713	37	27
114. 15. Volksschule, Neusch. Wissmannstr.	1488	974	901	39	34
115. 15. Volksschule, Neusch. Wissmannstr.	1360	935	822	50	63
116. 15. Volksschule, Neusch. Wissmannstr.	1227	891	821	20	20
117. 24. Volksschule, Baunsd., Döllinger Str.	1309	1044	991	23	30
118. 24. Volksschule, Baunsd., Döllinger Str.	1379	1242	1154	44	44
119. 24. Volksschule, Baunsd., Döllinger Str.	1338	1043	992	16	35
120. 31. Volksschule, Prohlstraße, Nierigstr.	994	730	690	32	18
121. 31. Volksschule, Prohlstraße, Nierigstr.	977	743	694	39	40
122. 14. Volksschule, Neusch. Neustadt Str.	1285	702	628	33	39
123. 13. Volksschule, Reudnitz	1791	849	758	46	45
124. 13. Volksschule, Reudnitz	1605	928	823	52	53
125. 13. Volksschule, Reudnitz	1400	1017	959	28	28
126. 13. Volksschule, Reudnitz	1426	987	932	29	26
127. 13. Volksschule, Reudnitz	1494	961	781	51	27
128. 2. Realschule, Reudnitz, Kohlgartenstr.	1528	852	857	35	60
129. Mädchenberufsschule, Reudn., Stephaniplatz	1468	686	530	47	32
130. 2. Realschule, Reudnitz, Kohlgartenstr.	1540	684	623	32	29
131. 12. Volksschule, Reudnitz	1559	907	824	44	39
132. 12. Volksschule, Reudnitz	1515	705	712	44	39
133. Mädchenberufsschule, Reudn., Stephaniplatz	1424	522	458	35	29
134. 12. Volksschule, Reudnitz	1650	920	892	37	21
135. 2. Realschule, Kohlgartenstraße	1261	889	820	33	25
136. 12. Volksschule, Reudnitz	1588	844	844	39	31
137. Oberrealschule, Reudnitz, Oststraße	1510	696	626	37	31
138. Oberrealschule, Reudnitz, Oststraße	1520	674	615	33	26
139. Oberrealschule, Reudnitz, Oststraße	1453	974	877	47	47
140. Oberrealschule, Reudnitz, Oststraße	1396	646	579	23	26
141. 26. Volksschule, Reudnitz, Vorkstraße 5	1523	743	675	39	39
142. 26. Volksschule, Reudnitz, Vorkstraße 5	1555	823	747	40	36
143. 26. Volksschule, Reudnitz, Vorkstraße 5	1515	1082	954	41	40
144. 26. Volksschule, Reudnitz, Vorkstraße 5	1255	785	723	33	29
145. 5. Realschule, Reudnitz, Mühlstraße	1693	491	413	29	21
146. 5. Realschule, Reudnitz, Mühlstraße	1434	1244	1197	18	34
147. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1438	864	787	60	47
Südliche Stadtteile					
148. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1358	1170	1101	44	40
149. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1392	1135	1007	55	73
150. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1281	1055	978	26	51
151. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1266	1007	999	35	35
152. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1368	1175	1108	31	36
153. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1776	1110	999	56	43
154. 21. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1156	932	902	34	25
155. 22. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1208	844	853	39	52
156. 22. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1010	794	714	34	46
157. 22. Volksschule, Schönefeld, Stöckelstr.	1242	1012	905	41	63
158. 18. Volksschule, Brandiser Straße	1282	1034	951	38	45
159. 18. Volksschule, Brandiser Straße	1223	973	913	24	35
160. 18. Volksschule, Brandiser Straße	1269	970	933	25	21
161. 18. Volksschule, Brandiser Straße	1490	963	879	44	40
162. 18. Volksschule, Brandiser Straße	1405	1000	940	23	37
163. 18. Volksschule, Brandiser Straße	1359	1032	956	32	

Wahlbezirk und Wahlraum	Wahlberechtigte	Stimmhabende	Ja	Nein	Unerlöbte Stimmen
Königliche Stadtkasse					
293. 33. Volksschule, Anhalter Straße	1317	605	577	12	16
294. 33. Volksschule, Anhalter Straße	1410	867	834	23	10
295. 33. Volksschule, Anhalter Straße	1309	922	870	29	32
296. 33. Volksschule, Anhalter Straße	1582	944	866	35	36
297. 33. Volksschule, Anhalter Straße	1405	948	888	40	32
298. 33. Volksschule, Anhalter Straße	1072	786	693	20	23
299. 33. Volksschule, Anhalter Straße	1152	738	701	17	20
300. 35. Volksschule, Pariser Straße	1240	296	273	9	14
301. 34. Volksschule, Delfischer Straße	1214	576	532	26	18
302. Gastwirtschaft Mühle, Cuirisch	772	476	448	15	13
303. 37. Volksschule, Hallische Str.	1633	416	393	19	9
304. 37. Volksschule, Hallische Str.	1492	436	402	22	12
305. 37. Volksschule, Hallische Str.	1486	439	413	18	8
306. 38. Volksschule, Breitenfelder Straße	1467	674	592	35	47
307. 38. Volksschule, Breitenfelder Straße	1382	889	804	50	35
308. 38. Volksschule, Breitenfelder Straße	1499	925	840	36	49
309. 38. Volksschule, Breitenfelder Straße	1319	717	661	31	25
310. 36. Volksschule, Eisbethstraße	1569	818	734	30	48
311. 38. Volksschule, Breitenfelder Straße	1370	927	846	40	31
312. 38. Volksschule, Breitenfelder Straße	1475	671	622	28	21
313. 38. Volksschule, Breitenfelder Straße	1483	627	588	17	16
314. Mädchenberufsschule, G., Elisabethstr.	1801	948	861	46	41
315. Mädchenberufsschule, G., Elisabethstr.	1522	884	819	35	34
316. Mädchenberufsschule, G., Elisabethstr.	1587	927	860	28	27
317. 4. katholische Schule, Treitschkestraße	1572	607	541	36	30
318. 4. katholische Schule, Treitschkestraße	1418	577	537	18	22
319. 4. katholische Schule, Treitschkestraße	1603	700	632	43	25
320. 36. Volksschule, Pariser Straße	1400	657	627	20	20

Gesamtergebnis der Kreishauptmannschaft Leipzig.

Ort	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Unabst. Stimm.	Zahl der abgab. Stimm.	Stimmber. Stimm.	Stimmen p. Volksbegeh.
Stadt Leipzig	261 744	11 574	11 104	284 422	472 019	238 726
Stadt Borna	2 574	117	112	2 805	6 089	2 335
Stadt Gethain	1 255	61	154	1 470	2 086	1 383
Stadt Großsch.	2 572	77	169	3 110	3 832	2 585
Stadt Penau	2 341	108	200	2 649	3 873	1 907
Unterschiedsmannschaft Borna	16 111	861	1 061	18 033	37 770	14 156
Stadt Döbeln	6 991	290	1 029	8 310	14 324	6 213
Stadt Tautschn.	2 417	194	166	2 777	5 139	2 320
Stadt Harttha	3 151	390	144	3 525	4 856	2 803
Stadt Veitszig	2 393	126	303	2 822	5 107	1 972
Stadt Rohweim	3 453	252	329	4 034	6 002	3 207
Stadt Waldheim	4 270	109	427	4 896	7 341	3 957
Unterschiedsmannschaft Döbeln	12 843	655	885	14 383	33 516	12 237
Stadt Colditz	1 579	101	83	1 763	3 303	1 411
Stadt Grimma	2 691	121	130	2 942	7 041	2 494
Stadt Wurzen	6 698	376	537	7 611	12 188	5 615
Unterschiedsmannschaft Grimma	25 047	1 281	1 352	26 680	49 532	20 445
Stadt Markranstädt	3 891	221	178	4 287	5 802	3 732
Stadt Taucha	2 347	62	180	2 619	4 157	2 131
Unterschiedsmannschaft Leipzig	39 372	2 172	1 748	43 298	62 232	36 365
Stadt Dicks	3 064	154	201	4 019	6 770	2 931
Unterschiedsmannschaft Dicks	11 845	683	704	12 682	28 584	9 890
Stadt Burgstädt	2 726	107	244	3 077	5 868	3 144
Stadt Geringswalde	1 418	64	233	1 715	2 869	1 500
Stadt Wittweida	6 017	404	301	6 782	12 328	6 205
Stadt Penig	2 340	86	135	2 561	4 727	2 600
Stadt Rochlitz	1 913	87	95	2 095	4 076	1 935
Unterschiedsmannschaft Rochlitz	22 735	1 082	1 320	25 155	49 158	24 082
Gesamt	454 090	21 546	23 881	499 526	874 883	418 047

51,0 Prozent aller in der Kreishauptmannschaft Leipzig wohnhaften Wahlberechtigten gaben ihre Stimme mit Ja ab. Beim Volksbegehren trugen sich 48,4 Prozent der in den 6 Unterschiedsmannschaften und 22 residenten Städten wohnhaften Wahlberechtigten in die Liste ein.

Spil, Sport, Körperpflege

Der Arbeiter-Radsfahrerbund Solidarität

Hält in der Zeit vom 17. bis 20. Juli in Karlsruhe seinen Bundeskongress ab. Trotz aller Schikanen und Verbote hatte der Arbeiter-Radsfahrerbund einen Mitgliederzuwachs von 60 000 zu buchen, so daß der gegenwärtige Mitgliederstand 240 000 beträgt. Aus allen Gauen wird eine große Beteiligung in Touren und Waidersfahrten gemeldet, die sich des besonderen Zuspruchs Jugendlicher erfreuen. 28 000 Jugendliche unter achtzehn Jahren gehören bereits dem Bunde an. Diese Zahl muß besonders geschätzt werden, da die Anschaffung eines Fahrrades für den Jugendlichen oft mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Im Sommer sind 4900 Saalmanschaften mit 20 000 Fahrern tätig. Diese Ziffer würde noch höher sein, wenn den Arbeiter-Radsfahrern größere Fahrräder zur Verfügung ständen. Guten Anklang haben auch die 260 Radpost- und 1350 Radballmannschaften gefunden. Die erst letzter Zeit bestehenden Motorradfahrerabteilungen können bereits einen Mitgliederbestand von 1400 aufweisen. Mit 35 000 Mitgliedern sind die Frauen im Arbeiter-Radsfahrerbund vertreten. Ein Beweis dafür, daß das Interesse für den Radpost auch unter den Frauen Platz gegriffen hat. In Sachen allein kann der Bund 45 000 Mitglieder aufweisen, wovon Leipzig mit 2200 Mitgliedern die stärkste Ortsgruppe ist.

Der Arbeiter-Radsfahrerbund Solidarität ist, wie bekannt sein sollte, die größte Radpostorganisation der Welt. Da aber vom Deutschen Radsfahrerbund stets behauptet wird, daß er ihn zu verdrängen beabsichtigt, hierüber einmal Aufklärung zu geben. Nach seinen Angaben, die selbst von bürgerlicher Seite nicht bezweifelt werden, hat der Deutsche Radsfahrerbund 131 000 Mitglieder. Außerdem gibt es noch die Vereinigung deutscher Radpostverbände, in dieser sind zumal die Vereine: Radfahrer-Union, Sächsischer Radfahrer-Bund, Radsfahrerbund Concordia (Hesslich) und noch 8 kleine Organisationen, von denen keine über 1000 Mitglieder aufweisen kann, diese haben zusammen 88 000 Mitglieder. Somit bleiben also bürgerliche Verbände mit 40 000 Mitgliedern hinter dem Arbeiter-Radsfahrerbund Solidarität zurück. Ferner gibt es noch eine Anzahl Lokalvereine, die keine Existenzberechtigung haben. Auch Leipzig hat deren zwei aufzuweisen, die mit ihrem Namen den Anschein erwecken, sie wären Bundesvereine: Es sind dies der Arbeiter-Radsfahrerverein Volksmarsdorf und der Verein Freie Radler Modau.

Im Radsfahrerbund Solidarität hat sich die Versicherung sehr gut bewährt. 1925 wurden in 2519 Fällen 100 200 Mark für Unterführung bei Radunfällen gewährt. Für in Rot geratene Mitglieder wurden 6230 Mark bewilligt. 169 Bundesmitglieder wurden entschädigt für gestohlene Fahrräder. In 13 Fällen konnte Bundesmitgliedern durch die Haftpflichtversicherung mit Entschädigungssummen von 40 bis 150 Mark geholfen werden bei Sach- und Personenschaden. Die Gewährung von Rechtschutz an Mitglieder verursachte dem Bund Ausgaben in der Höhe von 8800 Mark. In 789 Stiefelfällen im Jahre 1925 zahlte der Bund 28 800 Mark an die Angehörigen aus. Die jedem Mitglied unentgeltlich gelieferte Bundeszeitung unterrichtet die Mitglieder in allen Fragen des Sports und der den Verkehr betreffenden Gesetze. Mäander Kampf ist schon mit den Behörden ausgefochten worden, Verordnungen und Gesetze sind teilweise erheblich gemildert oder ganz aufgehoben. Die Schaffung von Radfahrwegen und übermäßige Einschränkung des Verkehrs in den Straßen kann nur durch eine große Organisation der Radsfahrer Erfolg haben. Alle radsahrenden Arbeiter erheben wir, sich dem Arbeiter-Radsfahrerbund Solidarität anzuschließen; denn nur dieser ist die Organisation der Radsfahrer. Der niedrige Beitrag von monatlich 50 bis 60 Pfennig bei den vielen Vorteilen die der Bund bietet, ermöglicht jedem Arbeiter die Mitgliedschaft.

G. A.

Fußball.

Sächsischer Spielvereinigung.

Während die Nation kommt! Der geschäftsführende Ausschuss des Reichs-Turn- und Sportbundes hat am 19. Juni die Ausschüsse genehmigt. Nähere Bestimmungen in der Bundeszeitschrift.

Spiel III - Sparta 2:1. Mit dem Spiel beginnt sofort ein von Anfang bis Ende sehr durchgeführtes Spiel. Der Spielverlauf findet sich sofort aufnehmen und schließt keine Situationen vom Tor der Spartaner. Dagegen spielen die Gäste zunächst viel zu unglücklich. Erst Mitte der ersten Halbzeit wird das Zusammenkommen besser. Der Mittelfeldspieler kann nunmehr seinen Bereich in die Richtung verlagern. Nicht lange währt die Freude, denn Sparta's linker Flügel stellt sich mit zwei mit dem Spiel und können kurz hintereinander zweimal einschlagen. Ein viertes Tor wurde wegen Wickets nicht gegeben. Das Spiel wurde nun ziemlich hart, wobei der Mittelfeldspieler des Spielers vom Felde gewiesen wurde. Sparta! betonte sich nach nicht gefolgt. Halb II das 2. Tor erzielt. Alles glaubt an einen sicheren Sieg Sparta's. Wieder ist es der linke Flügel, der die Spitze zum Ausbruch verhilft. Ein Elfmeter wurde von den Waislingen verwandelt. Der Spielverlauf konnte nicht immer gelassen werden. **Sachsen-Gotha - VfR Annaberg 1:1 (1:0).** Zum 17. Stellungsspiel hatte GutsMuth den VfR zum Freundeschaftsspiel verpflichtet. Mit Verlopung beginnt vor wenig Zuschauer das Spiel. Bei beiden Mannschaften verlor man die erste Viertelstunde jedes Zusammenhänge; erst nach und nach finden sich die Gäste mehr zusammen. Die Stürmerreihen verließen durch Unfähigkeit vor dem Tor mehrere höhere Schüsse. Nach längerer Wechsellagerung des VfR durch den Schwarzen-Flügel durch baldige zum ersten Torerfolg und erheben sich darauf auf einen Schuss ins eigene Tor, der zum ersten Torerfolg führt. Nach dem Torerfolg der VfR wird das Spiel sehr lebhaft. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark. Nach dem Torerfolg des VfR wird das Spiel sehr lebhaft. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark. Nach dem Torerfolg des VfR wird das Spiel sehr lebhaft. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark.

Gotha - VfR Annaberg 1:1 (1:0). Ein für die örtlichen Verhältnisse sehr interessantes Spiel. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark. Nach dem Torerfolg des VfR wird das Spiel sehr lebhaft. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark.

Tauha 1 - Grundorf 1:1 (1:0). Eine für die örtlichen Verhältnisse sehr interessante Partie. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark. Nach dem Torerfolg des VfR wird das Spiel sehr lebhaft. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark.

Wetterbericht. Am 20. Juni. Ein für die örtlichen Verhältnisse sehr interessantes Spiel. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark. Nach dem Torerfolg des VfR wird das Spiel sehr lebhaft. Die VfR-Spieler zeigen sich in der Verteidigung des VfR sehr stark.

aus dem Turnier hervorgegangen. Eine recht unruhliche Klasse spielten die Einweiser. In beiden Spielen, sowohl am Freitag als auch am Sonnabend, war es unangenehm für die Mitteläufer, ein Spieler, der über Jahre hinweg ununterbrochen vertrieben hat, der sich in unruhigen Stunden bewegt, und somit sich in ein recht schlechtes Spiel stellt. Der Sonnabend mußte es bei dem heißen Wetter nicht werden, was auch nach der Veranstaltung mit Spielbeginn drückte. In den Einweiser ist wenig an guten Aufgeboten. Zu den Spielen selbst: **Spartakus 2:1 - VfR Annaberg 1:0.** Die Zweifelhafte zeigte sich von beider Seite und hielten die Einweiser bei denen es nicht klappen wollte, in Schach.

Amateur 2:1 - VfR Annaberg 1:0. Dieses Treffen war mehr das schönste und spannendste der gesamten Veranstaltung. Während der ersten Hälfte drückten die Gäste ihre leichte Überlegenheit durch drei Schläge aus. Nach dem Wechsel bot der VfR bessere Fortschritte. Letzte aber trübten den verdienten Sieg nicht erzielen.

Amateur 4:1 - VfR Annaberg 1:0. Die Spielweise trübte an ihre gute Form vom Vorjahr an, während bei den Gästen auch diesmal, abgesehen von der ersten Viertelstunde, nichts Einseitiges zuhause kam. Der Sieg entspricht dem Spielverlauf. Das Schlußspiel betreffen.

Spartakus 2:1 - VfR Annaberg 1:0. Was wohl niemand für möglich gehalten hätte, trat ein. Die Gäste ein solches Spiel, wie es oft 1. Klasse-Mannschaften nicht ausfallen. Mit Verstand es vor allem ausgerechnet. Letztlich zu erzielen. Während mit Mann Spiel, warnte nicht zu den Bedingungen vom Vorjahr aus, und mußte eine, wenn auch nicht in dieser Höhe wertvolle Niederlage in Kauf nehmen. Eine harte Mühe verdient das ungewöhnliche Verhalten zweier Wehrer Spieler dem Schiedsrichter gegenüber, so daß sie mit Recht vom Felde verwiesen wurden.

Von Nah und Fern

Das Hochwasser.

Da der Regen noch im ganzen Reiche angehalten hat, sind auch die Flüsse in den überschwemmten Gebieten weiter gestiegen. Auch die Elbe steigt weiter. Bei Würdenhain im Regierungsbezirk Merseburg ist am Freitag der Damm der Rode r gebrochen. Das Land ist kilometerweit überflutet. Würdenhain ist geräumt. Schutzpolizei aus Torgau, die Reichswehr aus Dresden, sowie freiwillige Organisationen und die Feuerwehren der gesamten Umgebung verdrängen die 20 Meter breite Bruchstelle zu verstopfen. Bisher ist dies noch nicht gelungen. Die Elster ist in der Nacht erneut gestiegen. Weite fruchtbare Landstriche zwischen Elster und Müritzer See unter Wasser. Die Ernte im Kreise Liebenwerda ist zu einem erheblichen Teil vernichtet.

Die Oder ist weiter im Steigen begriffen. Die Flutwelle hat Sonnabend den Mittellauf der Oder erreicht. Die vom Bode r und von der Reize herankommenden Wassermengen werden ein weiteres Steigen des Flusses bringen. Ein großer Teil der an der Oder gelegenen Straßen von Frankfurt liegt bereits unter Wasser. Weite Strecken des Oberbruchs werden von den Fluten überflutet.

Der Bodensee ist ebenfalls weiter gestiegen. Der Kommandant Stargarten ist überflutet. Die Niedrigungen an den Ufern des Sees sind zu Seen geworden. Die badischen Ufergemeinden sind vom Hochwasser des Bodensees weniger getroffen, dagegen haben die schwäbischen Gemeinden am Untersee sehr zu leiden. Dort stehen die Landstraßen fast unter Wasser. Die am See gelegenen Gärten sind hoch überflutet. Teilweise mußten die Häuser geräumt werden. Besonders schwer betroffen wurden Wannbach, Ernatingen sowie Verlingen. Der Schiffsverkehr nach Schaffhausen ist bis auf weiteres eingestellt worden. Es wird ein langsames Fallen des Wassers gemeldet.

Der Rhein ist weiter gestiegen. Sonnabendabend war der Pegelstand in Rehl 4,40 Meter; Sonntagmorgen betrug er 4,64 Meter. Das Vorland ist weithin überschwemmt. Von Walds- hat wurde ein Steigen des Rheins innerhalb 24 Stunden um 80 Zentimeter und von Schaffhausen ein solches um 67 Zentimeter gemeldet. Die vom Schwarzwald kommende Kinzig ist im Laufe der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag nicht weiter gestiegen.

Das Rettungsgeschehen auf dem Wannsee.

Die Untersuchung über den Rettungsfall des roten Kreuzes in Wannsee ist von der Kriminalpolizei abgeschlossen, die die Affäre Freitag auf den Oberstaatsanwalt weitergeleitet hat. Nach den polizeilichen Ermittlungen dürfte das Unglück durch Fahrlässigkeit und des Lehrers Dehm low entstanden sein. Er war auf dem Schiffe. Ihm scheint es gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß es bei dem am Dienstag den ganzen Tag herrschenden fürchterlichen Wetter unverantwortlich sein mußte, Kinder zu einer mit allen möglichen Aufregungen und Zwischenfällen verbundenen Übung ins Wasser zu lassen. Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, die führende Organisation im Rettungswesen auf Binnengewässern, lehnt, wie sie mittels, die Verwendung von Schulkindern bei sogenannten Massenübungen ab. Den hierbei gestellten Anforderungen sind Schulkinder unter 14 Jahren keineswegs gewachsen. Vorführungen im Retten sind unter ganz besonderen Vorichtsmaßnahmen nur im Wasser von höchstens 2 Meter Tiefe zuzulassen. Unter keinen Umständen dürfen Hilfsersteher gestattet sein, da sonst die Möglichkeit besteht, einen Ernstfall festzustellen. Wer hiergegen verfährt, handelt fahrlässig mit dem ihm anvertrauten Menschenleben. All das muß doch auch dem verantwortlichen Leiter einer Rettungsgesellschaft des roten Kreuzes bekannt sein. War es ihm bekannt, so war der Mangel an Verantwortungsbewußtsein so riesengroß, daß man es als neuen Skandal bezeichnen muß, einen solchen Mann mit einer solchen Aufgabe zu betrauen. War es ihm nicht bekannt, so ist auch das nur ein Beweis für seine Ungeeignetheit zur Leitung von Unternehmungen, die der Rettung, aber nicht der Verhütung von Menschenleben gewidmet sein sollen. Denn die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft ist nicht ein beliebiger Verein, sondern, wie schon gesagt, die führende Organisation eines Rettungswesens, deren Erfahrungen auch die „Reiter“ des roten Kreuzes nicht übergehen dürfen. Alle Kritik und alle Unterstellungen und Bestrafungen rufen den so sehr aus dem Leben gerissenen Heinen Jähne nicht wieder zurück. Am so mehr ist alles Augenmerk auf die Vorbeugung, auf die Heranziehung geeigneter Leiter zu solchen Rettungsbereitungen zu richten.

Veranstaltungskalender

- Montag, den 21. Juni 1926.
- Bund sog. Freidenker Mt-Leipzig, Volkshaus, 1/8 Uhr.
- Bund sog. Freidenker Stütz, Stünzer Gasthof, 1/8 Uhr.
- Dienstag, den 22. Juni 1926.
- Deutscher Bauernverband, Volkshaus, 5 Uhr.
- Tagessitzungen usw. in vorausgegangenem Inserat ersichtlich.

Sächsische Angelegenheiten

Sächsische Landeswohlfahrtsdiagnose in Bautzen.

Im Sinne des der Tagung zugrunde liegenden Leitgedankens der produktionsfördernden Bedeutung der Wohlfahrtspflege behandelt der bekannte sozialistische Theologe Prof. Dr. Siegmund Schulte (Berlin) das Thema: „Jugendpflege“. Der wirtschaftliche Wert der vorbeugenden Jugendpflege kommt nicht in Zahlen zum Ausdruck, vielmehr darin, daß sie Volkskraft spart. Der Referent zeigt die verschiedenen Arten, wie die Jugendämter die Jugendpflege fördern können in einer Weise, die jede wertvolle Kraft der Jugend ausnützt. Alles, was sich selbst bewegt, lasse man gehen, aber man unterstütze es durch Bereitstellung von Herbergen und Heimen, durch finanzielle Hilfe zur Förderung der sportlichen Betätigung wie den vielseitigen Bildungsbestrebungen. In diesem Zusammenhang weist der Referent auf einen Rufstand hin, der von der Arbeiterjugend schon immer beklagt worden ist, auf das Fehlen von kleinen Wohnheimen für solche Jugendlichen, die kein reiches Zuhause haben. Der Bildungshunger der proletarischen Jugend ist durch entsprechende Einrichtungen und in einer der Jugend angemessenen Weise zu befriedigen und der Berufswahl besondere Beachtung zu schenken. Nichts ist wertvoller und sparsamer als wenn die in der Jugend liegenden Regenerationskräfte in die Volksgemeinschaft hineinströmen können.

In der Aussprache wird viel über die Not der arbeitslosen Jugend geklagt. Oberbürgermeister Dr. Luppe spricht sich für die Schaffung von Lehrwerkstätten aus und richtet einen warmen Appell an die Bürgermeister und Wohlfahrtsbedürftigen, der arbeitslosen Jugend nach dem württembergischen Vorbild Räume und Plätze zur Umgestaltung als Jugendheime und Sportplätze zur Verfügung zu stellen.

Ueber die Frage, ob die Gemeinden angeht die gegenwärtigen Finanzen noch Wohlfahrtspflege treiben können, spricht Oberbürgermeister Dr. Luppe (Witznberg). Massennot zu beseitigen, die durch Wirtschaftskrisen entstehen, ist nicht Aufgabe der Wohlfahrtspflege. Diese hat sich zu beschränken auf Hilfsmaßnahmen im Einzelfall. Mit dieser Beschränkung bejaht er die Möglichkeit, auch trotz finanzieller Not Wohlfahrtspflege zu treiben; denn sie erspart spätere kostspieligere Ausgaben. Dies beweisen die Erfolge der Arbeitslosenbekämpfung, die Leistungen der Säuglings- und Schulkinderversorgung, die Erfolge der Berufsvorbereitung u. a. Wirtschaftlich arbeiten heißt in der Wohlfahrtspflege, nicht nur Augenblicksnot lindern, sondern aufbauende Arbeit auf lange Sicht zu leisten.

In Konsequenz dieser Erkenntnis brachte Genosse Bürgermeister Dr. Uhlig (Radeberg) eine Entschließung ein, die an die Reichsregierung weitergeleitet werden soll. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß die sozialen Verpfichtungen des Reiches den Gemeinden und Bezirksverbänden in weitestgehendem Maße ausgedehnt werden, daß alle auf die ihnen damit erwachsenden Lasten weder beim Finanzausgleich noch in anderer Weise genügend Rücksicht genommen wird. In besonderen ist die Zulage auch unerläßt geblieben, 75 Prozent der Aufwendungen, die den Bezirksfürsorgeverbänden aus § 33a der Reichsgrundgesetz über die öffentliche Fürsorge erwachsen, zu übernehmen. Bei den für 1925 verzeichneten großen Fehlbeträgen seien die Gemeinden und Bezirksverbände nicht in der Lage, für 1926 ihre Haushaltspläne auszugleichen.

In der Aussprache am folgenden Tage über Streit und Zweifelsfragen der Fürsorgegesetzgebung werden von einem Vertreter der Sozialisten geradezu groteske Fälle des unsozialen Verhaltens mancher Gemeinden den Hilfsbedürftigen gegenüber ausgeführt. Genosse Ministerialrat Dr. Maier empfiehlt Beschwerde an die nächsthöchste Aufsichtsbehörde.

Der Erfolg der bis zum Schluß gutbedachten Tagung ist wohl darin zu sehen, daß künftig mehr als bisher das Hauptgewicht auf Vorbeugungsmassnahmen gelegt wird, was für manchen Wohlfahrtsamt eine ganz neue Einstellung bedingt. Es geht nicht mehr an, in ängstlich fahler Sparjamkeit nach der bekannten Praxis der alten Armenpflege erst dann dem Hilfsbedürftigen entgegenzukommen, wenn er keinen Ausweg mehr sieht, sondern frühzeitig und weitschauende Hilfe der Gesellschaft, die sich ihrer Mitschuld bewußt ist.

Das Stimmresultat in Sachsen.

Beim Volksbegehren trugen sich in Sachsen 47,3 Prozent aller Wahlberechtigten ein. Beim Volksentscheid stimmten von allen Wahlberechtigten 42,6 Prozent mit Ja.

Die Zahl der Wahlberechtigten stieg von 3 258 805 beim Volksbegehren auf 3 393 420 beim Volksentscheid; die Zunahme beträgt 134 615.

Die Wahlkreise brachten auf:

Volksbegehren	Volksentscheid
Leipzig 48 Prozent	53 Prozent
Dresden 44,8 Prozent	44 Prozent
Chemnitz 50 Prozent	45,8 Prozent

Der Wahltag in Dresden.

S. R. K. Zahlreiche bürgerliche Wähler sind der Parole ihrer Parteien, der Abstimmung fernzubleiben, nicht gefolgt. Das war der erste Eindruck bei einem Rundgang durch die Abstimmungsstellen in Dresden. Von der angekündigten „Kontrolle“ der Wählenden durch die Abstimmungsgegner war in den meisten Abstimmungsstellen nichts zu merken. In andern, wo sich verschiedene Jünglinge mit Papier und Bleistift aufgestellt hatten, wurden die jugendlichen Terroristen bald belehrt, daß es sich um eine geheime Abstimmung handelt.

Im großen und ganzen verlief der Sonntag — von kleinen Bagatelien abgesehen — in unerwartet friedlicher Form. Zahlreiche Autos zogen durch die Stadt, die für die Abstimmung Propaganda machten, sehr viele Passanten trugen herausfordernd das Hakenkreuz oder den Stahlhelm, doch verschwanden die Abzeichen oder ihre Träger schleunigst, sobald ein größerer Trupp Geogner in Sicht kam. In den sogenannten „besseren“ Vierteln der Stadt war die Wahlbeteiligung naturgemäß eine geringe, betrug aber durchschnittlich ebenfalls 43 bis 50 Prozent, während in den ausgesprochenen Arbeitervierteln die Prozentziffer schon am zeitigen Nachmittag 50 und mehr Prozent der Gesamtstimmungsberechtigten ausmachte. In den späteren Nachmittagsstunden wurden mehrere Terrorfälle gemeldet. Sehr bitter wurde darüber Klage geführt, daß die salernierten Polizeimannschaften in Dresden, wenn sie zur Wahl gehen wollten, sich vorher in Listen eintragen mußten, so daß sie aus Angst vor den meist reaktionären Offizieren von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten.

Stahlhelm — Biermarken — Polizeibeamte.

Wie wir bereits berichteten, schrieb das Organ des Verbands sächsischer Polizeibeamter, die „Sächsische Polizei“, in seiner Nummer 10 folgendes:

„Die Gefahr der Korruption ist zweifellos bei allen Beamtengruppen eine außerordentlich betrübliche Erscheinung. Wenn sie aber bei den Polizeibeamten Platz greift — und sie muß bei Beibehaltung dieser Bezahlung auf die Dauer Platz greifen —, dann müssen Recht und Ordnung, Recht und Gesetz im Staat und damit dieser selbst zusammenbrechen. Die Beamten werden ausgeliefert an Leute, die bedenkenlos Verpfändungen machen, um das alleinige Gewaltmittel des Staates in ihre Hand zu bekommen und damit den Sturzplan zu verwirklichen. Wir wissen, daß bestimmte Organisationen sich schon heute bemühen, durch freiwillige Spenden die Polizeibeamtenschaft zu fördern. Es ist Tatsache, daß den Beamten Freizünder und unentgeltliche Zigaretten zur Verfügung gestellt wurden von Leuten bestimmter Art, die heute bereits zu viel Einfluß in der Polizei besitzen, daß ihre in vorerwähnten Stellen befindlichen Anhänger sich nicht scheuen, in entsprechendem Sinne unter Ausnutzung ihrer Dienstgewalt ihre Untergebenen zu beeinflussen.“

Auf Anfragen von Dresden und Leipzig hat die Redaktion des Polizeibeamtenorgans erklärt, daß weder bei der Dresdner noch bei der Leipziger Polizei die erwähnten Korruptionfälle zu verzeichnen seien. Jetzt meldete nun die Zittauer Morgenzeitung, Zittauer Stahlhelmlaute hätten an dortige Polizeibeamte Biermarken ausgegeben, damit die Beamten auf ihren Dienstwegen hier und da Bier trinken könnten.

Woher nehmen wohl die Stahlhelmlaute das Geld für das Freizünder? Wer sind die Geldgeber der Stahlhelmlaute? Was wohl die Regierung gegen diesen Skandal tun wird?

Die Sache wird auch den Landtag beschäftigen, denn die Kommunisten haben dazu eine Anfrage eingebracht.

Der Konkurs von Glashütte.

Wir berichteten bereits, daß die Stadt Glashütte in schwerster finanzieller Schwierigkeit steht, die auf das Stillgehen von vier Fünftel aller dortigen Betriebe und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Jetzt wird nun gemeldet: Eine dieser Tage abgehaltene Gläubigerversammlung habe beschlossen, der Stadt einen dreijährigen Zahlungsaufschub zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß die abweichenden Gläubiger, darunter der Hauptgläubiger, die Hypothekendarlehenbank Meiningen mit einer Forderung von einer Million, ihre Zustimmung erklären. Die sächsische Regierung wolle im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden beschränkten Mittel der Stadt helfen; es sei aber noch nicht sicher, ob es gelinge, den Konkurs zu vermeiden.

Weitere Todesfälle infolge Genusses von trichinösem Fleisch.

Klingenthal. Vor einigen Tagen ist die Frau des Bahnhofsvorwarts Pfeifer in Zwotental unter Anzeichen von Trichinose gestorben. Nunmehr ist auch ihr Ansehender 20jähriger Sohn unter den gleichen Erscheinungen gestorben. Der Ehemann liegt krank darnieder. Weitere Erkrankungen werden aus Klingenthal, Marktneutirchen und anderen Ortschaften des Vogellandes gemeldet. Einige der Erkrankten befinden sich im Krankenhaus zu Plauen. Als Bezugsquelle des trichinösen Fleisches kommt eine Klingenthaler Firma in Frage. Bei einem erkrankten Kleinrentner in Oberjahrenberg, der seine Fleischwaren von dieser Firma bezieht, wurde noch ein Rest von Rauchfleisch festgestellt, das mit Trichinen durchsetzt ist. Unter den Erkrankten befinden sich auch Angehörige der fraglichen Fleischerei. Der Klingenthaler Fleischbeschauer, dessen Stempel das beanstandete Fleisch trägt, befindet sich seit einigen Tagen in Haft. Der Sektionschef der Leiche des verstorbenen Pfeifer wird auch der Oberstaatsanwalt von Plauen betraut.

Klingenthal. Ausbreitung der Vergiftungssepidemie. Zu den bereits gemeldeten Erkrankungen infolge Genusses trichinöser Fleischwaren wird weiterberichtet: Die Fleischerei, die das trichinöse Fleisch geliefert hat, ist geschlossen worden. Der schuldige Fleischbeschauer, ein Tierarzt, befindet sich noch in Haft. Neue Krankheitsfälle werden aus Eisenhof im Erzgebirge gemeldet. Dort sind allein in einer Familie acht Personen erkrankt, die in einem Krankenhaus in Jockau untergebracht worden. Auch in Schönheide und Schönheider Hammer sind Erkrankungen vorgekommen.

Reichenbach i. B. Von einer Lokomotive erfasst und getötet. Der 57 Jahre alte Lokomotivführer Otto Wähling, der im Begriffe war, sich zur Abfuhr wieder in den Dienst zu begeben, wurde beim Ueberfahren der Gleise von einer Rangiermaschine erfasst, überfahren und getötet. Die Räder gingen ihm über die Brust. Er war sofort tot.

Bautzen. Familiendrama. Der Bäcker des Zentraltheaterrestaurants, Karl Laude, verlor seine Ehefrau zu töten, indem er in der Küche mehrere Schüsse auf sie abgab. Zum Glück wurde die Frau nur am linken Arm leicht verletzt. Hierauf tötete Laude sich selbst durch mehrere Schüsse in die Schenkel. Als Grund der Tat werden wirtschaftliche Schwierigkeiten angesehen.

Großschönau. Doppelmord und Selbstmord. Im benachbarten Wallersdorf hat der 39 Jahre alte Musterzeichner Artur, Art seinen beiden Kindern, einem vierjährigen Knaben und einem sechsjährigen Mädchen, die Keulen durchschnitten und sich dann selbst in gleicher Weise getötet. Art lebte in glücklicher Ehe, war aber zur Zeit stellungslos. Das Motiv der Tat dürfte in Schwermut zu suchen sein.

Gewerkschaftsbewegung

Weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt.

Die letzte Statistik über die Erwerbslosenfürsorge ließ keine nennenswerte Besserung erkennen, so daß von einem Rückgang der Erwerbslosigkeit keine Rede sein konnte. Bekanntlich werden bei der Statistik über die Erwerbslosenfürsorge nur jene Arbeitslosen gezählt, die Erwerbslosenunterstützung erhalten. Je länger aber die Massenarbeitslosigkeit anhält, um so größer ist die Zahl derjenigen, die eine Erwerbslosenunterstützung nicht mehr erhalten. Ein zuverlässigeres Bild vom Stand der Erwerbslosigkeit geben die von den Arbeitsnachweisen gemeldeten Zahlen der Arbeitsjuden.

Im Arbeitsnachweisbezirk Leipzig-Stadt und Land wurden Ende Mai 31 491, am 15. Juni aber 34 653 Erwerbslose gezählt. Also eine erhebliche Zunahme, obwohl ein, wenn auch kleiner Teil Erwerbsloser in den Außenberufen untergebracht ist. Eine ähnliche Verschlechterung zeigt der Berliner Arbeitsnachweis. Dort sind in der abgelaufenen Woche weitere 6 000 Personen arbeitslos gemeldet worden. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nunmehr 260 826. Ein Wachstum der Erwerbslosenzahl um 3000 war bereits in der vorhergehenden Woche zu verzeichnen.

Wesentliche Verschlechterungen werden aus anderen Industriebezirken, insbesondere aus dem Rheinland, berichtet. Dort ist es die Schwerindustrie, allen voran der neugebildete Montantrakt, der systematisch Betriebsstilllegungen durchführt und viele Tausende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße wirft. Die Unternehmer rationalisieren und erstreben geringe Umsätze bei hohen Preisen. Dabei vermehren sie die Massenarbeitslosigkeit, deren Kosten die Erwerbslosen mit ihrer weiteren Verelendung bezahlen müssen, Reich, Länder und Gemeinden aber müssen große Mittel aufbringen, trotzdem ist die Erwerbslosenunterstützung noch viel zu niedrig. Die Unternehmer verfolgen dabei drei Ziele, sie erstreben die Ausmerzungen der weniger leistungsfähigen Betriebe und die „Reinigung“ der Unternehmungen von allen „unzuverlässigen Elementen“, sowie die Erzwingung von Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Eine große industrielle Reservearmee soll dem Unternehmer wieder die Zuzugewinnung des Herrn-im-Saule-Standpunktes ermöglichen.

Die Unternehmer treiben ein gefährliches Spiel. Das sollten auch die untätige Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien erkennen. Wenn nicht bald der offensichtlichen Wirtschaftsdepression der Unternehmer entgegengetreten und durch beschleunigte Inangriffnahme umfangreicher Notstandsarbeiten zur Verminderung der Erwerbslosigkeit Abhilfe geschaffen wird, gehen wir einer Katastrophe entgegen. Die Herrschenden seien gewarnt! Oft genug sind sie bereits von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf die katastrophalen Zustände aufmerksam gemacht und ihnen Forderungen unterbreitet worden. Es gibt einen Punkt, wo die Gewerkschaften jede Verantwortung ablehnen müssen.

Verhärterung der Unfallversicherungsbestimmungen im Baugewerbe.

SD. Die Häufung der Bauunfälle, die in der letzten Zeit wiederholt die Öffentlichkeit beunruhigten, hat die Gewerkschaften veranlaßt, bei dem preussischen Wohlfahrtsminister und Reichsarbeitsminister um eine rasche Neuregelung und Verschärfung der Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter zu dringen. Wie wir erfahren, sind die Arbeiten der Reichsarbeitsverwaltung zur Aufstellung einheitlicher Bestimmungen über den Bauarbeiter-schutz für das ganze Reich so gut wie abgelehnt, so daß nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums der neue Richtlinie Entwurf bald vorgelegt werden kann.

Für Preußen will das Wohlfahrtsministerium eine Umfrage darüber vornehmen, wie weit die Städte und Gemeinden dem Erlaß des Wohlfahrtsministers vom 14. November 1925 nachgekommen sind. Dieser Erlaß weist die Baupolizeibehörden ausdrücklich auf ihre Pflicht hin, für die Beachtung der Schutzbestimmungen zu sorgen und durch Nachprüfung an Ort und Stelle festzustellen, daß die vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen auch wirklich bestehen. Die Behörden werden jetzt nochmals von dem Ministerium angewiesen, für die genaue Durchführung der Sicherheitsvorschriften auf allen Baustellen zu sorgen. Da das Verbot des „Leberchandmauerns“ nur durch Polizeiverordnung eingeführt werden kann und in verschiedenen Regierungsbezirken infolge der abnehmenden Haltung der Bezirksausschüsse noch nicht durchgeführt ist, werden die Regierungspräsidenten ersucht, sich mit den Bezirksausschüssen wegen des Erlasses entsprechender Polizeiverordnungen in Verbindung zu setzen. Ebenso wird das Ministerium darauf dringen, daß besonders in den größeren Betrieben die Baupolizei von sich aus mit den Betriebsvertretern, die die Baupolizei- und Gewerbeaufsichtsbeamten in der Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren zu unterstützen haben, Fühlung nehmen.

Ein Schritt zur gewerkschaftlichen Einheit.

Im Solinger Industriegebiet sind bis heute zahlreiche Arbeiter der Stahlwarenindustrie nicht dem Metallarbeiterverband angeschlossen, sondern Mitglieder im Solinger Industriearbeiterverband, der als Zusammenfassung zahlreicher Lokalorganisationen vor zwei Jahrzehnten entstanden ist. Der Streit um die gewerkschaftliche Organisationsform dieser Arbeiter hat auch, wie älteren Parteigenossen noch erinnerlich sein wird, die Partei häufig sehr in Mitleidenschaft gezogen. Nach dem Kriege ist zwischen dem Industriearbeiterverband und dem Solinger Ausschüsse des Deutschen Metallarbeiterverbands in immer größerem Umfange eine gemeinsame Arbeit möglich geworden. Die alten Gegensätze sind zwar noch nicht von allen Teilnehmern verschmerzt, aber es war immerhin seit einigen Monaten möglich, die Frage einer Vereinigung zu erörtern. Nunmehr hat am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung des Industriearbeiterverbands beschlossen, eine Abstimmung über den Anschluß an den Metallarbeiterverband vorzunehmen und den Mitgliedern zu empfehlen, für die Vereinigung zu stimmen. Die Abstimmung soll spätestens bis zum 15. Juli stattfinden. Dieser Schritt ist außerordentlich erfreulich, und es ist zu wünschen, daß das Solinger Industriegebiet auf diese Weise endlich die einheitliche gewerkschaftliche Organisation erhält, die selbst nach den gegenwärtigen, durch die Krise verringerten Mitgliederzahlen mehr als die Hälfte aller Arbeiter der Metallindustrie umfassen wird.

Sum englischen Bergbaukonflikt.

Keine Aussicht auf Beilegung.

SD. Bochum, 10. Juni. Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, Franz Hugbes, hat die Mitglieder des Exekutivsausschusses zu einer am 23. Juni in London stattfindenden außerordentlichen Sitzung des ausführenden Komitees der Bergarbeiter-Internationale eingeladen. Von deutscher Seite werden an der Sitzung der Vorherrscher des Deutschen Bergarbeiterverbands, Husemann, Bafé und Dr. Berger teilnehmen. Nach den bei dem Bergarbeiterverband vorliegenden Mitteilungen der britischen Bergarbeiter-Föderation besteht gegenwärtig keine Aussicht auf die Beilegung des Konflikts im englischen Bergbau, da die Gegensätze zwischen der Grubenbesitzer-Assoziation und der Bergarbeiter-Föderation noch unüberbrückbar sind.

Die Meldungen über teilweise Arbeitswiederaufnahme in den verschiedenen Bezirken werden von der englischen Bergarbeiterorganisation als durchaus tendenziös bezeichnet. Die gewerkschaftliche Disziplin sei bisher vollkommen.

Sammlungen für die englischen Bergarbeiter.

Aufruf des Frauenkomitees.

In London ist ein Frauenkomitee zur Unterstützung der Frauen und Kinder der Bergarbeiter (Womens Committee for the Relief of Miners Wives and Children) gebildet worden, für das nicht nur die Führer der Labour Party, sondern auch künstlerische, wissenschaftliche und kirchliche Kreise eintreten. Das Komitee erläßt folgenden Aufruf an die Arbeiter aller Länder: „Das Frauenkomitee zur Unterstützung der Frauen und Kinder der Bergarbeiter wurde auf Aufforderung der Bergarbeitergewerkschaft gebildet mit dem Zweck, einen Fonds zur Beschaffung von Lebensmitteln zu sammeln und die Hungerpeinliche abzumehren, mit der die Grubenbesitzer und die Regierung gegen die Bergarbeiter vorgehen.“

Der Aufruf dauert nun fünf Wochen, und dies nach fünf Jahren niedriger Löhne, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die Arbeit unter den Bergarbeitern war schon sehr groß und hat sich seither noch verschärft. Die Hilfe soll besonders dazu dienen, Mütter, Säuglinge, Kinder und die heranwachsende Jugend der Bergarbeiter vor der schlimmsten Verelendung zu retten.

Jede Hilfe, die die Arbeiter irgendwo in der Welt leisten können, wird willkommen sein, denn der Kampf dieser vier Millionen Menschen in den Kohlengruben ist der Kampf der Arbeiter allerwärts.

Die Summe, die bis jetzt gesammelt wurde, beläuft sich auf mehr als 23 000 Pfund, aber weitere große Summen sind notwendig für die kommenden Wochen.

Im Namen der Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt setzen wir um Hilfe. Beiträge mögen gesendet werden an die Kassiererin des Frauenkomitees, Lady Seiler, oder an dessen Sekretärin Dr. Marion Phillips, 11 Tufon Street, London, S. W. 1.“

Internationale Arbeitskonferenz.

Das Falschstemmandat gültig.

Genf, 10. Juni. Die Arbeitslosenkonferenz genehmigte am Sonnabend auf einstimmigen Antrag der Mandatsprüfungskommission das Mandat des englischen Arbeitervertreters, des Genossen Fugh, und ebenso das Mandat des belgischen Genossen Wahlmann. Gegen beide Mandate war vom englischen bzw. Antwerpener Seefahrerverband Einspruch erhoben worden. Am Nachmittag wurde nach längerer teilweise recht stürmischer Auseinandersetzung das Mandat des falschistischen Arbeitervertreters Pollini mit 67 gegen 24 Stimmen für gültig erklärt.

Der Kommissionsbericht über einen Gesetzentwurf zur Aufstellung allgemeiner Grundzüge für die Aufsicht zur See, den Ministerialrat Reichel erstattete, wurde nach kurzer Aussprache mit 67 gegen 14 Stimmen gutgeheißen.

Wieder eine russische Delegationsreklame. (Dt.-Expres aus Penningrad.) Die hier eingetroffene aus deutschen und englischen kommunistischen Arbeiterinnen bestehende Delegation ist festlich empfangen worden und wird jetzt in den großen Fabriken herumgeführt. Die deutschen Arbeiterinnen besuchten u. a. die Lederfabrik Starachab, um sich für eine von dieser Fabrik vor einiger Zeit an die deutschen kommunistischen Arbeiterinnen gesandte rote Fahne zu bedanken. Auch der Krainig Putilowez wurde besucht. Die Regie der russischen Sowjetregierung wird es auch bei dieser Delegation verstehen, daß die Mitglieder voll des Lobes sind, wenn sie wieder in ihre Heimatländer zurückkehren.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 21. Juni.

Der Stimmtag in Leipzig.

Nach den Vorbereitungen und den Ankündigungen der Hakenkreuzler und ihre Presse war für Sonntag in Leipzig Kakerbrot zu erwarten. Die Bevölkerung stand unter dem Druck bevorstehender Ereignisse, die nach den strengen Drohungen der Rechtsbanditen in Gewalttätigkeiten auslaufen mußten. Zu solchen ist es ja auch gekommen, und sie haben auch ihre Opfer gefordert. Daß diese Gewalttätigkeiten aber keinen größeren Umfang angenommen haben, ist das Verdienst der Leipziger Arbeiterschaft, die zu energischer Abwehr des nationalstolischen Terrors bereit war, und es ist vor allem das Verdienst des Reichsbanners, das am Sonntag und das schon die Tage und auch die Nächte vorher eine aufreibende Wach- und Sicherungstätigkeit ausgeübt hat. Dazu kam der letzte Warnungspfeiff des Polizeipräsidenten und am Sonntag hier und da schnelles Eingreifen von Polizeibeamten. So stecken im Bewußtsein eines schlimmen Ablaufes die nationalstolischen Straßenstreifen bereits nach den ersten mißglückten Versuchen ihre weiteren Pläne auf und der Sonntag verlief im allgemeinen äußerlich ruhig.

Anders stand es, sagen wir, mit der „inneren Ruhe“, mit der inneren Freiheit des Handelns der Stimmberechtigten. Die Drohungen der Monarchisten mit Geschäftsboykott, mit gesellschaftlicher Nechtung und mit Entlassung oder Benachteiligung im Arbeits- und Machtverhältnis haben so manchen Stimmberechtigten zaudern lassen, zur Urne zu gehen. Viele ließen sich Stimmscheine ausstellen, um auswärts zu wählen; am Sonnabendabend und am Sonntag früh waren die Flüge stark besetzt von Geschäftsleuten, Gewerbetreibenden, Angestellten, unteren Beamten usw., die auswärts ihr Stimmrecht ausüben wollten, um dem monarchistischen Terror zu entgehen. Wer das Fahrgeid nicht aufbringen konnte und zuhause bleiben mußte, war vielfach nicht zu bewegen, zur Abstimmung zu gehen — so stark lag diesen Kreisen die Sorge um ihre Existenz in den Gliedern. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Zustimmung vielerorts hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Diesen Erfolg kann das monarchistische Verbrechergesindel für sich buchen. Daß es dabei Verfassung und persönliche Freiheit zertrampelte und daß es die Strafgesehe übertrat, ist diesem Banditentum auf den Rechtsstreifen der Deutschen Republik natürlich herzlich piepe. Der Zweck heiligt die Mittel und der Erfolg deckt jede Schandtat! — Das ist die Lösung der Nationalisten.

Vor den Abstimmungstafeln fehlte das bei Wahlen sonst gewohnte Bild. Kein Angebot von Stimmzetteln, kein Spatier von Parteipraktikanten, keine Zurufe. Dafür Ratsbeamte, die den Ankommenden Auskunft über das Stimmlokal gaben. Es ging gestern ja nur eine Viertel zur Ausübung ihres Bürgerrechtes: die, die trotz des Terrors den Mut hatte, ein politisches Bekenntnis abzugeben. Manche kamen freilich recht ängstlich heran und hier und da bedurfte es des freundlichsten Zuspruchs, daß niemand ihnen das Stimmrecht streitig machen könne. So mancher abgeschabte Rock und so manches dürftige Kleid legte Zeugnis ab von einfügen besseren Tagen. Es waren die wirklich Entseigneten, die durch Krieg und Inflation zerrütteten, die hier ihre Stimmen abgaben und nun heute von dem Leipziger Hakenkreuzblatt zu den „Volschewisten“ gezählt werden.

Die Propaganda auf den Straßen wurde fast ausschließlich von den Linksparteien bestritten, nachdem einige freche Provokationen der monarchistischen Diebesheiler in den Anfängen steden geblieben waren. Einen sehr guten Eindruck machten die Umzüge des Reichsbanners, die in ihrer rührigen Geschlossenheit den Willen der Arbeiterschaft zur Abwehr der monarchistischen Räuberbande demonstrierten. Ebenso wirkungsvoll waren die Umzüge der Arbeiter-Turner- und Sportler und die der Arbeiterjugend, die sich mit Feuereifer in den Dienst des Volkseutschleids gestellt hatten. Von ebenso gutem Erfolg begleitet war die Hilfe, die der Arbeiter-Theaterbund dem Volkseutschleids mit seinem Freilichtbühnenspiel, Der abgefundene Fürst, leistete. Und schließlich haben die tausende Funktionäre, Männer und Frauen, durch aufopferungsvolle Arbeit dazu beigetragen, daß Leipzig trotz der Rügenflut und trotz des Terrors sich mit seinem Abstimmungsergebnis unter den Städten des ganzen Reiches sehen lassen kann.

Was die Polizei über Abstimmungsvorfälle berichtet.

Die aus Anlaß des Volkseutschleids von den Parteien entwickelte Propaganda war in ihrem Ausmaße wesentlich größer und anders geartet als bei früheren Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften. Zwar fanden auch diesmal eine Anzahl Versammlungen in geschlossenen Räumen statt, die Hauptpropaganda spielte sich jedoch auf den öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt ab. Die hinter dem Volkseutschleids stehenden Organisationen veranstalteten in allen Stadtteilen zahlreiche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge sowie Lichtbildervorträge und Fackelzüge. Von den Gegnern des Volkseutschleids wurden nur eine Versammlung und ein Umzug durchgeführt. Die von den Organisationen offiziell durchgeführten Veranstaltungen verliefen im allgemeinen ohne besondere Zwischenfälle, obwohl die Stimmung in der Bevölkerung teilweise äußerst erregt war und es auch an Provokationen politisch Andersdenkender nicht fehlte. Die vorgelommenen Schlägereien und Anrempelungen spielten sich meist abseits der offiziellen Veranstaltungen ab und hatten zur Ursache, die beiderseitigen, die teils mit, teils ohne Grund gehegte Befürchtung, daß der Gegner die Plakate abreißen würde. Die Abstimmung selbst verlief völlig ohne Störungen.

Das Polizeipräsidentium Leipzig hatte, um allen Ausschreitungen sofort energisch entgegenzutreten zu können, von vornherein umfassende Maßnahmen angeordnet. Selbstverständlich geschah dies nicht erst, wie ein hiesiges Blatt meldete, im letzten Augenblick. An die Polizeibeamten des Polizeipräsidentiums mußten vor allem in der letzten Woche hohe Anforderungen gestellt werden. Offiziere und Beamte haben ihren schweren Dienst mustergetreue erfüllt. Dank dieser umfangreichen polizeilichen Tätigkeit ist es gelungen, größere Ausschreitungen zu verhindern und ausgebrochene im Keime zu ersticken. Neben einer großen Anzahl erstatteter Anzeigen über unbedeutendes Anfeinden und Abreißen von Plakaten sowie wegen Verbreitung von Flugzetteln, die den preßgesetzlichen Anforderungen nicht entsprachen, sind in vielen Fällen Personen wegen Anrempelung und Belästigung Andersdenkender angefaßt worden.



Nach Rügen.

Das Wetter in Mitteldeutschland löst wirklich nicht zum Reifen. Von Nord und von Nordostdeutschland kommt aber bessere Kunde; dort haben bisher weder Regenwetter noch Gewitter, weder Stürme noch Hochwasserkatastrophen gehaust, dort ist selbster immer schönes Wetter gewesen. Nach den meteorologischen Feststellungen dürfte diese Wetterlage noch auf längere Zeit anhalten. Wir Leipziger haben also die beste Aussicht auf einige weitere feuchte Wochen. Dieser unangenehmen Witterung wenigstens einmal auf ein paar Tage zu entkommen, bietet Gelegenheit der am Sonnabend, den 20. Juni, nach der Ostseeinsel Rügen verkehrende Verwaltungs-Sonderzug 4. Klasse. Er verläßt Leipzig Hbf. am 20. Juni, abends 8.50 Uhr, hält in Delitzsch, Bitterfeld und Wittenberg, um weitere Rügenfahrer aufzunehmen, und läuft dann mit nur einigen Mal Maschinenwechsel in ununterbrochener Fahrt um Berlin herum über Neuruppin nach Stralsund, wo er auf der Fähre nach Rügen übergeföhrt wird, um in Sahnitz zu enden. Ankunft in Sahnitz morgens 6.03 Uhr. Von Bergen ab besteht auch die Möglichkeit, nach Binz zu fahren. Die Rückfahrt erfolgt am Mittwoch, den 23. Juni, abends ab Sahnitz 8.30 Uhr, die Ankunft in Leipzig am Donnerstag, dem 1. Juli, früh 6.41 Uhr auf dem Hauptbahnhof. Die Rügenfahrer haben also Gelegenheit, vier Tage an der Ostsee zu verbringen.

Ueber die auf Rügen zu genießenden Schönheiten gibt der Führer Auskunft, den die Fahrartenverlaufstellen bei Entnahme von Karten umsonst abgeben. Unsere beiden Bilder zeigen das Panorama von Binz und den sogenannten Königsstuhl, einen Kreidestollen an der Nordküste der Insel, dessen weiße Massen sich jäh aus dem Meere erheben, von dessen Gipfel sich eine prächtige Fernsicht bietet. Die Insel hat prächtige Waldungen und vorzüglichen Badestrand, so daß sowohl für Wanderungen wie für kräftigen Bädern Gelegenheit vorhanden ist. Für Unterkunft zu sorgen ist das Verkehrsamt bereit. Bis 24. Juni, mittags 12 Uhr, können bei Entnahme der Karte Bestellungen auf Zimmer für drei Uebernachtungen zum Preise von zusammen 5.50 oder 6.50 Mark aufgegeben werden. Die Uebernachtungen erfolgen in Hotels und Pensionen; Kurtaxe wird nicht erhoben.

Wer von Rügen weiter nach Bornholm will, kann in Sahnitz unmittelbar nach Ankunft des Sonderzuges (6.03 Uhr) mit dem Dampfer „Odin“ die Fahrt fortsetzen; ab Sahnitz 7.00 Uhr, Rückkehr abends 10.30 Uhr. Am 23. Juni erfolgt eine Abendfahrt mit dem Dampfer „Hertha“ auf der Ostsee. Außerdem sind Fahrten mit den fahrplanmäßigen Küstendampfern nach allen Punkten der Insel möglich. Die bis zu 50 Prozent ermäßigten Preise enthält der Führer. Weitere Preisermäßigungen (ebenfalls bis 50 Prozent) hat das Verkehrsamt für Boot- und Segelfahrten erwirkt.

Die Fahrpreise betragen für Leipzig-Binz 21.60 Mark, Leipzig-Sahnitz 10.40 Mark, Delitzsch-Binz 20.40 Mark, Delitzsch-Sahnitz 18.60 Mark, Bitterfeld-Binz 19.60 Mark und Bitterfeld-Sahnitz 18 Mark. Kinder vom 4.—10. Lebensjahre zahlen die Hälfte. Weitere Auskunft durch das Eisenbahn-Verkehrsamt in Leipzig, Roscherstraße 1, Fernsprecher: Sammelnummer 70921 oder



Der Königsstuhl.

72 761 (Verkehrsamt Nr. 458 oder 440), durch die Auskunftsstelle Leipzig, Hauptbahnhof, und durch den Verkehrsverein, Leipzig, Marktmarkt, Fernsprecher 18 144. Der Sonderzug wird von Beauftragten des Eisenbahn-Verkehrsamtes und des Verkehrsvereins Leipzig begleitet; sie stehen zur Auskunftserteilung und Entgegennahme von Wünschen oder Klagen zur Verfügung. In dem Sonderzug werden auf Wunsch Getränke, Kaffee und dergleichen zu billigen Preisen verabfolgt.

In einzelnen sind außer den bereits berichteten noch folgende Einzelheiten zu melden. Am 16. 6. gegen 11.30 Uhr nachm. wurden in der verlängerten Oststraße zwei Studenten von 10—12 unbekanntem Männern mit Stöcken geschlagen und verhaftet. — Zwischen den Insassen der Verbewagen der Deutschnationalen Volkspartei und Straßenpassanten kam es am Abend des 19. 6. am Fleischerplatz und Lindenauer Markt zu kleineren Zusammenstößen. Während die Menge verlorchte, die an den Wagen angebrachten Propagandabilder herabzureißen, schlugen die Wageninsassen mit Faustschlägen nach den Angreifern. Auch an der Otto-Schill- und der Querstraße kam es verschiedentlich zu Schlägereien. — In der Querstraße wurden am 19. 6. gegen 3 Uhr vorm. zwei Studenten von Roten Frontkämpfern mit Faustschlägen geschlagen und einer durch Messerstiche leicht verletzt. Zwei Täter wurden festgenommen. — Eine Schlägerei zwischen Stahlhelm und Mitgliedern des Reichsbanners entwickelte sich am gleichen Tage gegen 1.30 Uhr vorm. in der Wasserurmstraße. Diese wurde mit Messern und Faustschlägen ausgetragen. Die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen. Soweit bis jetzt erkennbar ist, liegt die Schuld auf beiden Seiten. — In einem Falle sind auch zwei Reichswachtvolkdaten anscheinend von Roten Frontkämpfern geschlagen worden. Die Erörterungen hierüber schweben noch. — Am 20. 6. wurden in den frühen Morgenstunden ein heimkehrender radfahrender Kellner in der Auenstraße und ein ebenfalls radfahrender Jungmann in der Bornaischen Straße geschlagen bzw. bedrängt. Ein in der Waldstraße ebenfalls bedröhter Kellner legte sich zur Wehr und vertrieb die Angreifer. — In Hoff kam ein 24 Jahre alter Kommunist, der am Johanniplatz eine Schaufensterscheibe eingeschlagen hat, weil daran ein Plakat gegen den Volkseutschleids angebracht war. — Gegen 3 Uhr vorm. wurden in der Wasserurmstraße einige Reichsbannerleute von einer größeren Anzahl Nationalsozialisten überfallen. Letztere schlugen mit Holzstäben und Totschlägern auf die Reichsbannerleute ein. Ein Reichsbannermann mußte in bewußtlosem Zustande nach seiner Wohnung gebracht werden, sein Befinden hat sich jedoch gebessert. Von den Tätern sind bisher vier festgenommen worden. — Am Nachmittags waren in L.-Lindenau ein Oberpostsekretär und sein Sohn am Lindenauer Markt in Stahlhelmsuniform von der Straßenbahn abgestiegen, um nach ihrer Wohnung zu gehen. Die beiden Männer wurden zunächst von Roten Frontkämpfern verfolgt, worauf der Vater zu seinem Sohn gefloht haben soll: Ziehe deine Waffe! Darauf hat sich eine vielköpfige Menge versammelt, so daß die beiden in das Pfarrhaus flüchteten, bis stärkere Polizeikräfte die Menge zerstreuten. — Am frühen Nachmittag bewegte sich ein größerer Zug Stahlhelmsleute von Lindenau kommend durch die nördlichen Stadtteile nach dem Fleischerplatz. In der Berliner Straße hängte sich dem Zuge in provokatorischer Weise eine mit Roten Frontkämpfern besetzte Autokolonne an. Die Stahlhelmsleute ließen diese Provokation unbeachtet. Am Zwischenfälle zu verhüten, setzten sich zwei Kraftwagen mit Polizeibeamten zwischen die beiden Züge. Auf dem Fleischerplatz löste sich der Stahlhelmszug auf, während die Roten Frontkämpfer ihre Verbefahrt fortsetzten.

Am 19. 6., vorm. gegen 1 Uhr, ist in Leipzig-Stötteritz, Ecke der Preußen- und Schönbachstraße ein Student von drei unbekanntem Männern überfallen und in den Rücken gestoßen worden. Der Student hatte versucht, an einen Straßenbahnmast angelebte Zettel zu entfernen. Der Verletzte beschreibt den Täter als 1,70 Meter groß und zirka 20 bis 24 Jahre alt. Personen, die hierzu zweckdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich umgehend im Polizeipräsidentium, 3. Stock, Zimmer 126, zu melden.

Der Stahlhelm, der Wehrwolf, der Frontbann und andre rechtsgerichtete Organisationen hatten eine Versammlung nach dem Reichsgerichtsplatz einberufen, an die sich ein Umzug durch verschiedene Straßen anschließen sollte. Die Veranstaltung wurde jedoch nicht durchgeführt. Die auf dem Reichsgerichtsplatz versammelten zogen in kleinerem Trupp wieder ab. Am Fleischerplatz sowie in der Schul- und Otto-Schill-Straße kam es zwischen diesen Trupps, die teilweise recht provokatorisch auftraten, und politisch

Andersdenkenden mehrfach zu Schlägereien. Auch von kommunistischer Seite wurden Andersdenkende angerempelt. Starke Polizeikräfte stellten die Ordnung wieder her, ohne nennenswertes Widerstand zu finden. Sonst hat sich trotz der teilweise sehr erregten Stimmung kein wesentlicher Zwischenfall ereignet.

Schauermärchen.

Die L. N. N. sehen ihren Lesern allerhand Schauergerichten über brutale Ueberfälle, auch von Reichsbannerleuten, vor. Kommunisten und Reichsbannerleute sollen danach einem Werwolf angehörigen die Schädeldecke eingeschlagen und einem zweiten einen Finger der rechten Hand abgehakt haben. Diese Meldung ist falsch. Weder sind Reichsbannerleute an dem Zusammenstoß mit den Werwölfen in Schlit beteiligt, noch ist dem einen von ihnen die Schädeldecke eingeschlagen, noch einem andern ein Finger abgehakt worden. Ueberdies haben einige Werwölfe Keile gekriegt. Dabei erlitt der eine eine Gehirnerschütterung. Er war aber gestern abend schon wieder vernunftfähig und die Kerze haben festgestellt, daß die Verletzung nicht schwerer Art ist. Dem andern Werwolf wurde ein Finger zwar ziemlich arg verletzt, aber von Fingerabdrücken zu reden, ist eine der vielen Ueberreibungen, die die L. N. N. alle Tage bringen, wenn sie Nationalisten eins ausmischen wollen.

Daß es gelegentlich zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kommen würde, was ja vorauszu sehen. Die Werwölfe und ihre Gefinnungsverwandten folgten ja auch nach besten Kräften dafür, daß es nirgends an Provokationen gebrach. So zogen gestern vormittags 10 Uhr zwei Kraftwagen durch Lindenau, die mit Steinen und Latzen „bestückt“ waren, die den je 15 Jungmännern als Fies- und Wurfgeschosse dienen sollten. Diese Provokation ist ihnen denn schlecht bekommen. Die L. N. N. haben also gar keinen Grund zu ihrer Heulmeierei.

Völkische Wegelagerer.

Ueberfall auf Reichsbannerleute. — Ein Genosse schwer verletzt. In der Nacht zum Sonntag hat sich in der Wasserurmstraße in Stötteritz eine blutige Verbrechenart werwölfischer Straßenstraße abgespielt. In der dritten Morgenstunde kam ein Trupp dieser schwerbewaffneten Halunken aus der Dunkelheit auf einen vereinselt stehenden Reichsbannermann zu, der dort zum Schutz der Plakate auf- und abging, und griffen ihn an. Auf seinen Alarmruf hin eilten mehrere Reichsbannerkameraden ihm zu Hilfe. Ehe sie ihn erreichen konnten, stürzte er zu Boden und nun schlugen die Kameraden mit viehischer, von dem Leipziger Hakenkreuzblatt eingempfter Wut auf den Genossen ein, der schwerverletzt in seine Wohnung gebracht werden mußte und nun krank daniederliegt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor und nahm den Werwölfen schwere Schläger, Latzen und Messer ab.

Der Verletzte ist der Genosse Ernst Utratt, Stötteritz. Es wird wirklich die höchste Zeit, daß den völkischen Straßenstreifen das Handwerk endlich gelegt wird.

Wahlhumor.

In Abnauendorf hat ein Wähler drei Milliarden Scheine in den Wahlumschlag gelegt. Darauf hat der Wahlvorsteher erklärt: Es hat sich erledigt, wir brauchen gar nicht weiterzuzählen. Die Abfindung der Fürsten ist bezahlt.

20 Milliarden für Wilhelm II.

In einem Wahllokal in Leipzig-Osten lag im Wahlumschlag ein Zwanzig-Milliarden-Schein, auf dessen Rückseite stand: An Wilhelm II. Hier schide ich dir das Geld. Es ist ein bißchen mehr, schadet aber nichts. Du armes Schwein kannst es schon verputzen; ich hab genug solchen Mist!

Wo ruft die Pflicht?

Kindertreffen in Wurzen.

Sonntag, den 27. Juni.

Eltern und Erzieher, dieses Treffen gilt dem Erziehungsgedanken, nicht nur dem Spiel, darum erwarten wir zahlreiche Beteiligung.

Funktionäre.

Alt-Leipzig (Süd). Genossen, die als amtliche Beisitzer tätig waren, heute abends 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Zimmer 2.

Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Leipzig.

Sprechst. Am Dienstag müssen alle Teilnehmer pünktlich 8 Uhr abends im Löpferheim (großer Saal) zur Probe sein. Es darf keiner fehlen; bedenklich, daß am Sonntag die Ausführung ist. Auch am Donnerstag und Freitag muß unbedingt noch einmal geprobt werden.

SPD-Gewerkschafter.

Metallarbeiter, Dienstag, den 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Arbeiter-Bildungsinstitut, Braunkirch 17, wichtige Zusammenkunft. Aus jedem Betrieb oder jeder Branche muß unbedingt eine Vertretung erscheinen. Ausweis Partei- und Verbandsbuch. Der Arbeitsausschuss.

Kinderscheide.

Großschöcher. Heute Montag, abends 6 Uhr, bei schönem Wetter, Strandbad auf unserm Spielplatz, sonst in der Schule. Am Sonntag, den 27. 6., fahren wir mit nach Wurzen, 8 1/2 Uhr ab Hauptbahnhof, abends 6.00 von Wurzen zurück. Fahrgehalt für Kinder 1 Mt., für Erwachsene 1.20 Mt. Essen müßt ihr mitbringen. Entgeltliche Anmeldung bis Donnerstag. Schönefeld, Dienstag, 1/2 8 Uhr, Elternabend in der 22. Volkshaus (Aula). Thema: Kinderreuebewegung. Referent Lehrer Kammer. Eltern und Gäste willkommen.

WZ.

Sprechst. Heute Montag, 1 1/2 8 Uhr, Probe zur Revue. Mitwirkende werden noch gesucht. Funktionärschule, Morgen Dienstag Fortsetzung des Kurjus Bauer 7—7 1/2 9 Uhr im Kartellsaal. Aureus Klemm von 10—10 1/2 Uhr im Kartellsaal.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Gau Leipzig. Die Probe für den Mitteldeutschen Republikanischen Tag findet am 23. Juni, abends von 7—9 Uhr, im Ausstellungsgelände, Eingang Reichshainer Straße, statt. Die Spielmannsstücke stellen um 7 Uhr, die Musikkapelle und Sänger um 8 Uhr an der Freitreppe im Ausstellungsgelände. Ohne Ausweis kein Zutritt. Gauleitung Leipzig.

Verhöhnung der Arbeitslosen.

Eine dreifache Verhöhnung der Arbeitslosen leistet sich ein feiger Unonimus, in einem Briefe an die Redaktion der Volkszeitung. Nach einem fauleigen Gesuch über den Volksentscheid verweist er auf eine dem Briefe beiliegende Summe, bestehend aus zwei zu einer Million überbrachten Tausendmarktscheinen, einem Zwanzigmillionenmarktschein, einem Zwanzigmillionenmarktschein und einem Fünfhunderttausendmarktschein, alles Inflationen, die dem von Geldwert überhaupt keine Rede mehr ist. Diese völlig wertlosen Papiere werden durch uns der fäulnisreichen Bursche, der zu feig ist, seinen Namen zu nennen, den Arbeitslosen auszuhändigen. Er schreibt:

„Ich überende der Redaktion eine Summe bares Geld, (hier beiliegend). Diese Summe bitte ich Sie, an die Arbeitslosen zu verteilen. Über bitte nicht zu unterlassen! Als Quittung verlange ich die Bekanntgabe des Empfängers in Ihrer Zeitung am Dienstag. Ich hoffe, daß auch die Fürsten nun das bekommen, was sie verlangen.“

Unterzeichnet ist dieser infame Brief mit: Ein Deutscher, und höhnend dazu gelebt in Parantese (Ein Parteimitglied). Es lohnt sich wohl kaum, über eine solche Strohhalm noch viel Worte zu verlieren; repräsentiert dieser wackere „Deutsche“ doch eine uns allen bekannte Schrift, deren geistige Führung am Peterssteinweg liegt, da wo er am tiefsten ist.

Ratsbeschlüsse.

Der 2. Abschnitt des Wohnungsbauprogramms für 1926 wurde vom Rat genehmigt. Für diesen Abschnitt sind insgesamt 83 Häuser mit 328 Wohnungen und 2 Läden in Aussicht genommen. 11 Häuser sollen in Lindenau an der Götplerstraße, 31 in Leußlich an der König-Georg- und Bismarckstraße, 11 Häuser in Madau und 30 in Paunsdorf errichtet werden. Die Gesamtkosten betragen 6 342 300 RM., von denen 1 707 300 RM. aus dem Stammermögen genommen werden müssen.

Zu den Baukosten des Zentralleschhauses im Arantenhau St. Jakob werden 143 000 RM. Mehrkosten nachbewilligt. Aus dieser Summe soll auch der Anschluß des medizinischen Instituts an die Fernschleuse bestritten werden.

Der Antrag der Stadtverordneten, den Palmengarten in eine öffentliche Anlage umzuwandeln, wurde abgelehnt, da der Rat ein Bedauern zur Schaffung weiterer Anlagen gerade in diesem Stadtteile nicht anerkennen kann und auch eine Verminderung der Zuschüsse von einer solchen Maßnahme nicht erwartet.

Eine kommunistische Kassmeldung. Die S. U. Z. läßt sich am Sonntag von Dresden drahten, der Dresdner und der Leipziger Parteipräsident treffen seit einigen Tagen die Vorbereitungen für die Verhaftung des kommunistischen Botschafters. Wie wir erfahren, sind die Angaben über die Vorbereitungen im Leipziger Parteipräsidium völlig falsch.

Daß der Dresdner Parteipräsident Vorbereitungen zu Böttchers Verhaftung für richtig halten würde, ist ohne weiteres anzunehmen; denn Herr Kühn gehört ja zu denen, die im Landtage für die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Böttcher eintraten.

Arbeitslosenschule. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Da der Kurs Moritz Technisches Zeichnen für Maschinenbauer, stark besetzt ist, soll eine Teilung vorgenommen werden in Anfänger und Fortgeschrittene. Dabei können noch einige Neue aufgenommen werden. Meldung Dienstag, 22. Juni, 4—6 Uhr, im Frauenseminar, Königsstraße 20.

Elternabend. 10. Volkshaus. Montag, den 21. Juni, abends 8 Uhr: „Das Lichtbild im Dienste der Schule“, Herr E. Heppner. — 21. Volkshaus. (Schönefeld, Stöckelstraße), Mittwoch, den 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Lichtbildvortrag: „Bilder aus der Heimat“, Herr Oberlehrer N. Buch. — 31. Volkshaus. Dienstag, den 22. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal, Lichtbildvortrag: „Schreiben in neuem Geiste“, Herr Professor Ruhlmann. — 45. Volkshaus. Mittwoch, den 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Schulsaal, Vorführung zweier Filme mit musikalischen Darbietungen: 1. „Wir fahren in die Welt!“, 2. „Lustiges Farmerleben“. Eintritt 0.30 Mark (nach Beginn ist der Eintritt nicht gestattet). — Die 30. Volkshaus hat am Dienstag, dem 22. Juni, eine Elternveranstaltung, und zwar Besichtigung der Schulanrichtungen, verbunden mit Handarbeits- und Zeichen-Ausstellung. Beginn pünktlich 6 Uhr.

Im Zoo sind einige neue Affen gekommen. Zwei davon sind Weibchen. Meezen sind aus Ostafrika. Der Name beschließt sie schon. Außer dem weißen Vorkind bleibt nur noch der rötliche Hintergründer zu beachten. Sie gelten als die größten Baumkletterer, und sind in den Regenwäldern des Kilimandscharo und in

den Schluchten des Umbara-Gebirges zu Hause. Dort werden sie von den Nahrungsgästen mit Aorballen in den Pflanzungen gefangen. In den dünnsten Schlingpflanzen schwingen sie sich über die Wasserfälle. Auf ihren Schlingstrecken vernehmen sie auch kleine Tiere nicht. Selbst Vögel werde verfangen. Besonders auffallend ist eine Kolibri- oder Halsbandgattung aus dem westlichen Afrika gefährt. Das rotbraune Männchöpfchen steht ihr gut zu Gesicht. Sie hat sich mit einer Nohrennangabe angestreundet.

Lichtbildvortrag. Im Saale der Naturkundlichen Heimatmuseums am Fleischerplatz (Eingang Vorjüngstr. 3) findet Mittwoch, 23. Juni abends 7 1/2 Uhr ein öffentlicher Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern statt. Die Schlangen unserer Heimat mit besonderer Berücksichtigung der Kreuzotter, ihrer Verbreitung und Giftwirkung. Vortragender: B. Wischard. Der Eintritt ist frei.

Entlassung eines Friedhofes. Der alte Friedhof an der Schwarzerstraße in Leipzig-Klein-Neichowitz soll säkularisiert werden. Entgegenstehende Rechte sind bei deren Verlust bis zum 20. Juni 1926 beim Rat der Stadt Leipzig — Grundstücksamt — geltend zu machen.

Töchterer Unfall. Am Freitagvormittag ist ein in der Weichstraße in Stötteritz wohnender 67 Jahre alter Herr auf der Treppe seines Wohnhauses gestürzt, wobei er sich einen Schädelbruch zuzog. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus ist er dieser schweren Verletzung erlegen.

Schwerer Selbstverwundeter Unfall. Am 18. d. M., abends kurz nach 6 Uhr, versuchte in der Eisenbahnstraße ein 25jähriger Maler auf einen in voller Fahrt vorbeifahrenden Straßenbahnwagen der Linie 2 aufzuspringen. Es gelang ihm nicht, den Griff am Wagen zu erfassen. Er rutschte ab und stürzte selbst zu Boden. Man hob ihn mit einem komplizierten rechten Unterschenkelbruch und rechten Schambeinbruch auf. Ein Arzt ordnete seine sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus St. Jakob an.

Der Fleischverbrauch in Deutschland. Eine amtliche Statistik über die hauptsächlichsten Schlachtungen im 1. Vierteljahr 1926 zeigt, daß der Verbrauch von Fleisch in Deutschland im Juni um 8% gestiegen ist. Es wurden in diesem Zeitraum rund 315 000 Schweine und 92 000 Rinder oder 10,3 v. H. bzw. 9,0 v. H. mehr geschlachtet als im 1. Vierteljahr 1925. Es erreichte sich aus den beschriebenen Schlachtungen im 1. Vierteljahr 1926 eine Gesamtleistung von 558,38 Millionen Kilogramm, darunter 165,92 Millionen Kilogramm Rindfleisch und 305,50 Millionen Kilogramm Schweinefleisch. Auf den Kopf der Reichsbevölkerung ergibt sich im 1. Vierteljahr 1926 ein Fleischanteil von 8,65 Kilogramm gegen 8,31 Kilogramm in der gleichen Zeit des Vorjahres und 9,98 Kilogramm im 1. Vierteljahr 1925.

Da die Millionen Arbeitslosen mit ihren abertausenden Millionen Familienangehörigen an der Zunahme des Fleischverbrauchs aus materiellen Gründen nicht beteiligt sein können, und da es den noch „in Lohn und Brot“ stehenden Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten auch nicht sonderlich gut geht, wie dritten die kleinen Geschäftseure und Handwerker auch ihre Not haben, so ergibt sich eine gewaltige Zunahme des Fleischverbrauchs in den bestehenden Kreisen, die durch ihre Preiserhöhung und durch ihre schwarze Himmels-Gendarmerie dem Volke immer Entlastung predigen lassen nach dem Prinzip: Den Spieß für uns, die Ruthe für den Mob!

Polizeinrichten

Wer kennt den Eigentümer? Am 17. Juni hat ein Lagerist einen graugrünen Rucksack auf der 25. Polizeiwache abgegeben mit der Angabe, ihn in der Nähe der Weiche im Walde gefunden zu haben. Der Rucksack ist graugrün und enthält u. a. Schürzhüte, einen gelbbraunen Hut mit schwarzem Band, eine Unterhose mit dem Weichzeichnen III, ein grünes Vorhemdchen, schwarzes Schloß, ein R. L. gezeichnetes Handtuch, einen großen Leinwandbeutel mit Reißzeug und Schneidhandwerkzeug. Es ist immerhin möglich, daß der Rucksack von einem Leinwandler dort zurückgelassen worden ist. Angaben zur Sache erbittet die Kriminalabteilung.

Diebstahl verschiedener Art. Am 12. Juni, nachts gegen 12 Uhr, wurde dem Wächter eines Stilles Feld, das nur durch einen 1 Meter hohen Drahtzaun begrenzt ist, und sich in Leipzig-Schönefeld, Ecke der Löbauer- und Laubstraße befindet, mitgeteilt, daß sich mehrere Männer auf dem Feld zu schaffen machten. Bei seinem Eintreffen dort sah er 6 oder 7 Männer die Frucht ergreifen und in der Dunkelheit entkommen. Sie hatten etwa 50 mit Früchten behängene Erdbeerstöcke aus der Erde herausgerissen, und die Früchte abgepickt. Die Kriminalabteilung bittet, Beobachtungen zur Ermittlung der Täter ihre baldigst mitzutellen. — Ferner wurden gestohlen aus einem Lagerraum in der Berliner Straße durch Einbruch 70 Scheide rohe Kantenselle. — Aus einer Villa in der Karl-Taubnitz-Straße 5 Schilde Lebergarbolen, 4 Meter lang, 1 Meter breit, aus grauem Stoff mit bunter Stiderei. Eine graueleone Tischdecke mit gestrichelten Franzen, eine bunt gewebte Tischdecke in Weidemeiermuster, eine kleine Tischdecke, ein weißes Leinwand Tuch, ein weißes Seidenstücken und zwei bunte Stoffstücke mit Federn gefüllt, eines aus rotem Leinen mit buntem Blumenmuster und das andere aus starkem grauem Rips mit bunten Blumen bedruckt. Durch Einbruch aus einem Geschäftsladen in der Gottschalkstraße in Leipzig-Gohlis ein Posten Sped, Wurst verschiedener Art, Dessertwaren, Zigaretten u. a. m.

Unbekannter Toter. Am 4. Juni früh wurde in Frankfurt a. d. D. in der Nähe des früheren Artilleriedepots ein unbekannter anscheinend dem Kaufmannsstand angehörender Mann mit einer Verletzung an der rechten Schläfengegend bewußlos umherstammelnd aufgefunden. Er ist im städtischen Krankenhaus, wohin er sofort gebracht worden war, am 5. d. M. gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Auswelse über seine Person hatte er nicht bei sich. Es wurde zunächst Unglücksfall angenommen. Selbstmord ist jedoch nicht ausgeschlossen. Verlässlicher wurde als Todesursache Hirnhautentzündung infolge einer Kopfverletzung festgestellt. Der Unbekannte ist etwa 25—30 Jahre alt, 1,68 Meter groß, schlank und hat dunkelbraunes, welliges, nach hinten gekämmtes Kopshaar. Er hat gebräuntes, helles, volles Gesicht, vorgeübte Stirne, braune Augen, schmale Lippen, weiße, vollständige Zähne, breites, vorgeübtes Kinn, gepflegte Hände. Der rechte kleine Fingerringel ist verdrückt, am linken Zeige-, Mittel- und Ringfinger befinden sich mehrere unregelmäßige Narben. Seine Kleidung besteht aus einem hellgrauen, blaugestreiften Sommerhemd, dunkelblauem Jackett und dunkelblauer Hose, Tricotstrumpf mit blaugestreiftem Einsatz, weißen Leinwandsocken, blau-, rot- und gelbgestreiftem Selbstbinder, blaugestreiften Tricotstrümpfen, braunen Halbschuhen, die geschwärzt sind, und braunem Leibriemen, 2,5 Zentimeter breit mit neuzeitlichem Schloß. Im Besitze des Unbekannten befand sich ein gesticktes seidenes Taschentuch, ein weißes Taschentuch mit blaue und grüner Kante und ein schwarzes Leinwand Portemonnaie mit 98 Pfennigen. Ein Lichtbild des Toten kann evtl. beschafft werden.

Bermittlung wird seit dem 16. Juni, abends, die 27jährige Arbeiterin Ida F. a. n., Leipzig-Stötteritz, Zudelhäuser Straße 3 wohnhaft. Die Vermittlung ist fränkisch und hat sich an dem Abend auf einen Spaziergang begeben wollen, von dem sie nicht wieder zurückgekehrt ist. Die Vermittlung ist 1,60 bis 1,65 Meter groß, schlank, hat dunkelbraunes, langes Haar, blaue Augen, blaue Gesichtsfarbe. Ihr Gesicht ist vollständig, im Oberkiefer links befindet sich eine Goldplombe. Bekleidet ist sie mit einem blauweißgestreiftem Sommerkleid, grauer Windjacke, roten aufgeschlagenem Hut, weiß und braungeringelten Strümpfen, Nadeln. Ihre weiße Unterwäsche ist J. B. gezeichnet.

Ferner wird vermißt seit dem 8. Juni der Kaufmann Max Hentrich, 29 Jahre alt, aus Friedland bei Breslau gebürtig, und zuletzt Johannesstraße 3 wohnhaft gewesen. Er ist 1,65 Meter groß, schlank, blond, hat gute Zähne, ein Jahr trägt eine Goldplombe. Er hat längliches, blaues Gesicht. Bekleidet ist er mit einem grauen Hut, schwarzem Winterüberzieher, schwarzem Jackett, brauner Weste, dunkelgestreifter Hose, grünen Strümpfen und schwarzen Schürhülse. Bei sich hat er eine schwarze Lederhandschuh.

Aus der Umgebung

Die Tätigkeit Sr. Hochwürden.

In dieser Woche geruht der evangelische Bischof der sächsischen Landeskirche, die von den Bären so liebevoll behandelt wird, seine Schäflein in den Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig zu besuchen. Darob große Freude (oder Angst?) bei den Pfaffen und Beschwörern. Jeden Tag werden 6—8 Kirchengemeinden besucht. Sr. Hochwürden — (wie sagte sein Herr und Meister: „Ich habe nichts, da ich mein Haupt hinlege“) — wird in der christlichen Demut reden, mit hochgezogenen Augenbrauen auf die „Diebe und Räuber“ wettern, die den Schäflein der Kirche das letzte Hemd nehmen wollen, und wird seinen Gläubigern billigen Trost und Segen spenden. Die arbeitende Bevölkerung ist freilich davon ausgeschlossen. Die will der Herr Bischof nicht lehen; denn sonst würde er doch nicht seinen Besuch nur auf die Vormittags- und Nachmittagsstunden legen, wo jeder Arbeiter seinem Verdienst nachgehen muß. Und die Arbeitslosen werden sich bedanken, sich von ihm, der einen Monatsgehalt von etwa 1000 Mt. bezieht, auf ein besseres Jenzeits verstoßen zu lassen. Außerdem könnte er beim Anblick dieser Gestalten zu sehr an das Leid Christi und an dessen Lehre erinnert werden. So wird er mit seinen Getreuen ganz allein sein. Dann wird er nach einer Stunde im Auto davonrattern, Benzindampf und -geruch hinterlassen und bei den verdurhten Nachschauenden das bittere Gefühl: Also dafür, für Autosfahrten und Bombengehälter bezahlen wir unsere Kirchensteuern. Trotz dieser bitteren Erfahrung werden sie weitersteuern und zu Kreuze kriechen. Und auch so mancher hungerleidende Prolete wird für solche Zwecke seine lauer verdienten Groschen in den unerfülllichen Magen der Kirche füttern, weil bekanntlich eine Sorte von Menschen nie alle wird. Ein halbwegs aufgeklärter Mensch aber muß auf diese Zurücksetzung der Arbeiter und Verschwendung der Steuergebeber nur eine Antwort geben: Heraus aus der Kirche!

Arbeit für den sächsischen Innenminister.

In der sozialdemokratischen Presse wurde wiederholt auf die Gefahren der Kleinfallberühmter hingewiesen, gleichzeitig aber auch auf die innigen Zusammenhänge von Wehrwolf, Stahlhelm und der von dem Polizeiminister Müller-Dresden als harmlos gestempelten Kleinfallbrigaden hingedeutet. Während Herr Müller und sein Chefredakteur Bette sich im Schwelge ihres Angehens abmühten, um die Harmlosigkeit der Kleinfallbrigaden nachzuweisen, bringen die Leipziger Neuesten Nachrichten vom Montag den 21. Juni 1926, ungewollt Aufklärung über die Interessenlosigkeit und Firmeneinheit vom Wehrwolf und den Kleinfallberühmter. Die L. N. N. schreiben nämlich im Zusammenhang mit dem Zwischenfall in Sehlis, über den wir an anderer Stelle unseres Blattes berichten, folgendes: „Der Gau Leipzig des Wehrwolves besitzt außerhalb von Sehlis ein Gelände, auf dem er sich ein Erholungsheim errichten will. Der Grund und Boden hat er auch den Kleinfallberühmter der Umgebung zu Übungszwecken zur Verfügung gestellt, die 8000 Mitglieder stark, dort mit ganzen zwei Scheibengewehren ihre Übungen abhalten.“

Soweit die L. N. N. Und was muß nun sogar die Herrn Müller unterstehende Leipziger Polizei im Gegensatz zu ihrem republikanischen Chef melden:

„Am Sonntag gegen Mittag wurde das Leipziger Polizeipräsidium von der Gendarmerei-Station Sehlis bei Taucha um Hilfeleistung ersucht. Rote Frontkämpfer, die aus Leipzig mit Lastkraftwagen eine Propagandaschicht durch die Partienhöfen unternommen hatten, waren in der Nähe von Sehlis mit Angehörigen des Wehrwolves, die in einer Sandgrube eine baupolizeilich nicht genehmigte Schießstandanlage bewachten, zusammengestoßen.“

Wie 8000 Hakenkreuzer, die nach Meinung der L. N. N. Mitglieder der Kleinfallberühmter sind, über auf behördlich nicht genehmigten Schießständen. Der Wehrwolf errichtet auf dem gleichen Gelände ein Erholungsheim — vielleicht auch Unterkunftsheim für die abenden Verbände — und Herr Müller in Dresden sagt in Ruhe trotz der Anlage des Truppenübungsplatzes Sehlis, daß die Kleinfallbrigaden harmlos sind. Es geht wahrlich nichts über die sächsischen Gemütsstärke!

Gerichtssaal

Die Verleser Arbeitermörder auch in der Revisioninstanz freigesprochen.

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am Freitag nachmals mit der Sache der Verleser Arbeitermörder. Die Angeklagten, der Kaufmann Georg Böling und der Kaufmann Erich Prüfert, die wegen Anstiftung sowie Mord in 12 Fällen vom Schwurgericht München am 20. Januar 1926 freigesprochen wurden, hatten im Mai 1919 als Leutnant bzw. Wachmeister der 2. Eskadron des Freikorps Lübow die Erschießung von 12 unschuldigen Arbeitern aus Verleß vorgenommen lassen. Die Arbeiter sollen sich angeblich als Kurfürster betätigt haben. Die von der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde verworfen und somit der Freispruch der Mörder bestätigt.

Der 22 Jahre alte Schriftsteller Erik Rau aus Stuttgart hatte sich am Freitag abends vor dem Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republikanischgesetz zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 14. Dezember 1925 als verantwortlicher Leiter der Süddeutschen Arbeiterzeitung einen Artikel über die Fiktionierung „Sein Mahnung“ (Lenin) geschrieben, der angeblich zum Hochverrat auffordern soll. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis und 100 Mt. Geldstrafe.

Rundfunkprogramm

Dienstag, den 22. Juni. Wirtschaftsuniversität: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Volk- und Baumwohlfahrt, ameril. Metallmeldungen des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwohle, Landwirtschaft, Berliner Del Notia. 3.25 Uhr: Berliner Deniken amtlich, Berliner Produktendörse amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsuniversität. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktendörse. Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schot. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwohle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.05 Uhr: Verkehrsuniversität und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Weiterdienst und -Vorauslage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwerten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsschau auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Rauter Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3—4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle), Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: C. M. Witter und Fil. von Eglert: Spanisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Direktorin von Kölling: Die Lehrkräfte der Lehrerfortbildungsinstitut. 4.30—5.15 und 5.30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. Die moderne Operette. 6.30—7 Uhr: Leseposten aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7—7.30 Uhr: Vortrag: Heirat Prof. Dr. Müller-Venhay von der Leipziger Universität: „Großstädtliche Milchversorgung.“ 7.30—8 Uhr: Vortrag: „Neues aus der Naturwissenschaften“, veranstaltet von der Naturwissenschaftlichen Berggemeinschaft an der Universität Leipzig. Gehelmat Prof. Dr. F. Rinne, Direktor des Instituts für Mineralogie und Petrographie der Universität Leipzig: „Neue Untersuchungen über die Chemie der Erde.“ 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Brendel. Solist: Michael Jabara (Klavier), Berlin. Konzertflügel: Bösendorfer. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. Weber: Konzertstück für Klavier mit Orchester (F. Woll). 2. Goldmark: Vändliche Hochzeit, Sinfonie (C. Dur.). 3. Liszt: Fantasia über ungarische Volksmelodien für Klavier und Orchester (C. Dur.). Unschliefend (etwa 9.45 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Darauf: Funkbrett.

Wirtschaft

China Außenhandel und die Mächte.

Die Ruhe, die seit der Einnahme Peking durch die Vereinigten Staaten...

Die Zollkonferenz, die am 20. Oktober vorigen Jahres in Peking stattfand...

In der Praxis ist es augenscheinlich bei dem alten Einfuhrsatz von 5 Prozent...

Table with columns: Jahr, Einfuhr, Ausfuhr. Rows for years 1913-1918.

Selbstverständlich ist hierher, daß auch im Jahre 1924 ungenügend der inneren Wirren...

Welches Interesse hat Ausland an den niedrigen chinesischen Einfuhrzöllen...

Table with columns: Jahr, England, Vereinigte Staaten, Japan. Rows for years 1870, 1890, 1900, 1910, 1923.

Im Gesamtäußenhandel Chinas ergibt sich indes eine erhebliche Verschiebung...

Bürgerkrieg am härtesten betroffen: einmal durch den Boykott englischer Waren...

Durch die Verschlebung in dem Anteil der einzelnen Länder wird aber, wie die oben angeführten Zahlen zeigen...

China wird in immer steigendem Maße in den Gesamtkreislauf der kapitalistischen Wirtschaft einbezogen...

Table with columns: Jahr, Zahl der Schiffe, Tonnage (in T). Rows for years 1917-1923.

Davon entfielen auf England 51 965 230 Tonnen, auf Japan 33 288 817 Tonnen...

All diese Zahlen bekunden eindeutig, daß die kapitalistische Erschließung Chinas unaufhaltsam fortgeschritten...

Das Kohlegeschäft blüht!

Wie das Rheinisch-westfälische Kohlenbündel verlaufen läßt, haben infolge der Auswirkung...

Die G.m.b.H.

Unter den verschiedenen Gesellschaftsformen der kapitalistischen Unternehmung...

ihnen einbringen, in einem starken Minderhältnis stand zu dem Gesamtkapital...

Der amerikanische Automobilismus.

Der amerikanische Professor Griffin rechnet die durchschnittliche Lebensdauer der in Amerika benutzten Automobile auf 7,04 Jahre...

Erhöhung der Gefrierfleischkontingente.

Das Ernährungsministerium hat den Interessenten die Mitteilung gemacht, daß man bei der Verteilung der Gefrierfleischkontingente...

Die amerikanische Kunstseidenproduktion.

Das amerikanische Census Bureau veröffentlicht erstmalig eine vollständige Statistik der Kunstseidenproduktion...

Ausländische Kapitalanlagen Europas und der Vereinigten Staaten.

England, Frankreich und Deutschland belegen, wie aus einer Zusammenstellung in der Frankfurter Zeitung hervorgeht...

Maizena Hammeris, das Kraftmehl und Gebäck

Die Erzählung des Professors.

7) Von Sergejewitsch Jonsky. Copyright by E. Laubische Verlagbuchhandlung G. m. b. H. Nicht umsonst war das, wozu mir mein Gast erzählte...

--- dann würde der Weg der Geschichte der Menschheit viel gerader verlaufen.

Das ging mir durch den Kopf, während ich Apfelsaft betrachtete, und ich sagte zu ihm: „Nein, wissen Sie, Ihre Wabam' aus Tiffis ist prachtvoll! Sie hat also alle Attribute zur Begründung des Verborgenen? ...“

na, und was glauben Sie? Ist das nicht Tüde des Schicksals? Nach vier Wochen erscheint in derselben Kanzlei der Waffel. Hinten ist er, denn die Kugel hatten Sie wohl rausgezogen, aber sie hatte irgendeinen Bewegungswert getroffen...

Der Kampf um die Seelöwin.

Von Ludwig Kohl.

Die folgende interessante Schilderung einer Tierbeobachtung auf der Campbellinsel in der Antarktis ist ebenso wie die (in Nr. 130) vorgangene, dem bei Stecker u. Schröder in Stuttgart erschienenen, mit vielen Abbildungen geschmückten Buche „Zur großen Eismauer des Südpols“ von Dr. Ludwig Kohl entnommen.

Als ich, am 24. März um 6 Uhr morgens meinen Kopf aus der Hütte heobte, hätte ich ein sorgfältig geputztes Brüllen vom nahen Strande her. Ich ging hundert Meter näher und sah mehrere kleine Gruppen von Seelöwen (Macropodus hooferi), die im Kampfe miteinander lagen. Sie lagen teils am sandigen Strande, teils zwischen Tuffsteingrößen, das sich an diesen angeschlossen. Der Himmel war schwer und grau und zeigte an keiner Stelle eine Rötung oder Dichtung. Die Mittellung von dem nahen Tierbild brachte die andern rasch aus der Hütte. Wir wollten den Tag richtig ausnützen. Ballin wollte möglichst viel zoologisches Material, besonders auch viele Arten der Vogelwelt gewinnen, ich sollte die Kalfellen der Küste auf Postillen untersuchen und mitnehmen, was mir am Strande an Lebweesen in die Augen fiel.

Als der erste Schuß auf einen Aermorgen gefallen war, stehen sich die Seelöwen noch kaum in ihren Kämpfen; beim zweiten zog die eine oder andere Gruppe ab und ließ den Strand frei, auf dem nur noch Möwen (Larus scopulinus) und Stuas ihren Morgenhunger stillten.

Nach einer Stunde erreichte ich einen kaum zweihundert Meter langen Sandstrand, in dem sich ein Bachlauf mit braunem Wasser verlor. Es war wohl derselbe, den wir gestern abend überschritten hatten. In den Strand schloß sich ein ebener, fünf Meter breites Tuffsteingras an, das sich als steiler Hang nach oben fortlief. Der Lauf des Bachs war mit einem dichten Gewächs, das kleinen, baumartigen Charakter aufwies, eingefaßt. Diese „Bäume“ (Macropodus lucida), die verwandt sind mit der Murte, zeichnen sich besonders dadurch aus, daß der Stamm keine Rinde besitzt und eine dicke, weiße Krone trägt. Auch an dieser kleinen Sandbucht sah ich zahlreiche Seelöwen. Ich konnte, durch Felsen geschützt, mich bis auf vier Meter unbemerkt nähern und sechs Tiere zählen. Es schien keine Verbindung unter ihnen zu bestehen, wenn eine Gefahr, ein Mensch in ihre Nähe kam. Nach einem Steinwurf oder einem absichtlich lauten Geräusch sah ich wohl einen Seelöwen sich aufrichten und Umschau halten, sich aber bald wieder in den Sand werfen, während die übrigen Tiere ungerührt ihre Kämpfe fortleiteten. Sie befanden sich alle in einem Zustand starker Erregung, im Kampfe um das Weibchen, das Tier mit dem hellgrauen, fast lichten, feinen Fell, das inmitten der Kämpfer in einer entzündenden Nachlässigkeit dalag. Als und zu, wenn ein Sonnenblick auf das Tier fiel, schimmerte der Kopf wie mattes Silber.

Die fünfzehn Seelöwen waren, in einzelne Gruppen gelodert, über den schmalen Strand zerstreut; dem Kampfpfeile, dem Weibchen, am nächsten lagen zwei alte Recken, zahlos fast, mit struppigem, narbenbedecktem Fell, das sich am Halbe verdichtete und ausah wie eine rotbraune Mähne, die über dem Halbe hing. Sie waren die stärksten, hatten das Fell behauptet, jede fremde Annäherung abgeschlagen. Aber Kompromisse — Teilungen — gibt es hier nicht, und ich brauchte nicht lange zu warten, bis sie sich wieder mit ihren schweren Körpern gegeneinander warfen; wobei Kopf und Hals blühartig zu Hieben ausgehoben gleich beweglichen Ringen, wie man es nie bei diesen sonst so schwerwärtigen Tieren vermutet hätte. Fünf bis zehn Minuten dauern diese Kämpfe, dann lassen sie ab vom Kampfe, ruhen, werfen sich in den Sand, fast Schwermut und Bekümmernis in ihren Zügen, daß ihnen dieser Liebespreis so viel Mühe kostet.

Jüngere Tiere tragen in der Umgebung Kämpfe aus, gewissermaßen Vorkämpfe, ehe sie sich dem eigentlichen Kampfgebiete, wo der Preis in Form dieser fetten Wasse im aEnde lag, zu nähern wagen. Es waren jüngere, schlankere Tiere ohne diese Pelzwerkbeimung um den Hals, nicht so mollig und unbeholfen. Bald begann das eine oder andere Tier einzuschleichen, daß hier nichts zu holen sei. Fünfzehn Männchen und ein Weibchen? Wenn wollte da nicht der Mut sinken? So sah ich auch bald einige von den Tieren gleich dem menschlichen Liebhaber, der, würde der vergeblichen Liebeshüte, sich zurückzieht, in die Brandung abziehen, um sich vielleicht den ausgeschundenen Magen mit ein paar Fischlein zu füllen.

Ein anderer tricht weiter, auf die ruhlose Ausprägung verzickend, zwischen zwei große Tuffsteingrasbüschel, die ihn und seinen Kummer umfächeln machen, und hält ermüdet Sichte. Zwei andere legen sich in den feuchten Sand, wie um sich abzukühlen, und werfen sich mit ihren Flossen Sand über den Leib. Als Selbstmitleid sah ich einige junge Tiere, den Leib auf die Vorderfüße gestützt, nach eigenartigen trampelartigen Bewegungen sich erbrechen und dann erschöpft in den Sand fallen (Masturbation?).

Große Kampfpause. Es sah aus, als ob der Streit um den Brautpreis nur endgültig entschieden sei.

Meine Uhr lagte mir, daß ich vier Stunden Zuschauer war. Um das Weibchen lagen nur noch die zwei großen Tiere, und auch von ihnen hielt das eine sich schon in einiger Entfernung. Nun begann ein unendlich läppisches Schmarzhüternes des andern alten Geckens, das sich, bei Menschen und Tieren gleich, um so lächerlicher ausnimmt, je weiter der Liebhaber in den Jahren ist. Das Weibchen? Ihm stand ja keine Wahl frei. Wie überall in der Natur, so hatte auch hier der Stärkere das Recht.

Drucken von der See bligs ein frischer West, der unter sorgfältigem Demnern eine starke Brandung gegen die Küste warf. Durch dunkle Regenwolken warf sich ein paar Augenblicke die Sonne ein glückliches Licht auf das Meer.

Als ich vorbei an den beruhigten Gruppen den Hang hinanstieg, sah ich auf der etwas erhöhten Tuffsteinterrasse einen alten Seelöwen liegen, fast schlos und gebrochenen Auges. Seine Lage waren geröhrt. Das lagte mir allein schon alle die Raubmöhnen, die ihn mit Hunger- und Raubgedanken nicht umlagerten, um sein Erlöschen zu erwarten.

So sah ich den Dreiklang alles Naturgeschehens, sah Werden, Sein, Vergehen in rascher Folge, und daß ich es an einer der einsamsten, verlassensten Küsten erleben durfte, verstärkte den Eindruck noch mehr.

Von Menzel bis zur Gegenwart.

In der Zeichnung offenbaren sich die Absichten des Künstlers klarer als im vollendeten Werke, weil Stiff und Feder dem Gedanken williger folgen als die schwer zu bewältigende Farbe oder der noch schwerer zu handhabende Meißel. Die Zeichnung erleichtert daher das Verständnis für das fertige Kunstwerk; sie ist der Prüfstein für das Talent des Künstlers. Es ist heute nicht mehr nötig, auf den Wert von Skizzen und Zeichnungen für die Erkenntnis eines vollendeten Werkes hinzuweisen. Zeichnungen sind bei großen Künstlern ebenso unmittelbare Äußerungen wie es die Handschrift ist bei jedem Menschen.

Eine kleine Aquarellzeichnung M. Menzels ist der Kontrapunkt der ganzen Ausstellung von Handzeichnungen bei Berger u. Sohn, deren Besuch sehr zu empfehlen ist. Das belanglose Motiv eines Hofjüngers mit einem Bretterballon, auf dem Wäsche zum Trocknen aufgehängt ist, ist so amüsanter detailiert gezeichnet, daß neben den optischen Feststellungen auch die andern

Sinne des Betrachters belebt erscheinen. Die bis ins kleinste gehende Beobachtung Menzels hat aber den großen Zug des Meisters, alle Einzelheiten ordnen sich einem großen Schen unter. Und das ist ein Geheimnis Menzelscher Zeichenkunst, das selbst kein Freund Wengerheim, der seine Arbeiten miterlebte, in seinen Zeichnungen nicht erreichte. Die Zeichnungen Meyerheims, die ähnliche Motive behandeln, ja, die sich technisch an Menzel anlehnen, haben nicht jenen Zauber, jene Tiefe und Größe, die Menzels Zeichnungen so besonders machen.

Max Liebermanns Zeichnungen haben eher etwas vom Geiste Menzels. Er imitiert den Meister nicht, er ist persönlich aber ähnlich intensiv. Eine kleine Federzeichnung badender Jungen, eine Landschaft in Kreide, und vor allem die praktische Studie zum Waisenhausgarten in Amsterdam charakterisieren Liebermanns Zeichenstil hervorragend. Für die graphische Sammlung des Leipziger Museums wäre hier Gelegenheit, zwei wirklich wertvolle Arbeiten (Menzelszeichnung und Liebermanns Waisenhausstudie) zu erwerben.

Slewoog ist in einem ähnlichen Sinne wie Liebermann Menzelerbe. In Slewoogs genialen Illustrationen lebt Menzelscher Geist. Die Ausstellung zeigt drei Arbeiten Slewoogs, die alle illustrativ wirken. Das große Blatt Burenkrieg hat nicht das persönliche Etwas, das sonst seine Zeichnungen charakterisiert. Das schauende Mädchen zwischen den Tigern ist eine reizvolle Arabeske, und in dem kleinen, aber groß wirkenden Aquarell Gollath und David ist die Fabulierlust Slewoogs fast ins Groteske gesteigert; David mit dem Kopf Goliaths in Hand, läßt selbst ohne Kopf davon. Oberländer, von dem wir unangenehm eine umfassende Ausstellung im Kunstverein bewundern konnten, ist mit einer Zeichnung vertreten, die sehr lustig und überzeugend gezeichnet ist, die aber doch nicht zu seinen besten Arbeiten gehört. Eine aquarellierte Zeichnung Rubins: Tischerische Einquartierung, läßt diesen Fabulierer des Graukens und Spulstahns auch unter den meistlichen Zeichnern als ein beachtliches Talent erscheinen. Viel dünner und manierierter wirkt H. Koch, von dem lediglich die formliche Kennzeichnung hieroglyphen interessiert.

Spühwags Landschaft bei München ist eine empfindungsreiche Zeichnung, die ebenso wie Hagemeisters schmissige Studie am Wasser, Schiff und Gestirb sonnensüberflutet, mehr als bloße Naturabbildungen sind. Die Landschaftszeichnungen und Bildnisstudien Hans Thomass, der Bergführer Karl Holders und die Aktstudie Trübners sind schöne Arbeiten dieser Künstler, die durchaus museumswürdig wären.

Der Vlliger mit dem Stier von August Gaul, der große geistige lauernde Akt Kolbes sind Arbeiten, die ihre Herkunft von Bildhauern deutlich zeigen.

Neben den reizvollen Aufzeichnungen Chorinths wirkt die plumpe Aerialatur, Chorinths als Wairoh am Nordpol etwas deplaciert. Von Käthe Kollwitz ist eine weiche, sehr zurückhaltende Variation des Themas Mutter und Kind da. Graf C. v. Kallreuths schliche Aufzeichnung ist in ihrer Einfachheit angenehmer wie die Ringerschen Zeichnungen, die teilweise von hoher Qualität sind.

Eine merkwürdige Aufzeichnung Forans, eine weinende Dame, das Taschentuch vors Gesicht haltend, ist technisch und in der Bewegung eine mehr als interessante Lösung.

Die Zeichnungen und Aquarelle Rodes, Pechsteins und Jockels lassen das überragende Talent Pechsteins erkennen. Mit wenigen Strichen und Farben gliedert Pechstein eine Fläche geradezu verblüffend richtig. Ein handgroßes Interieur, in einer reizvollen Harmonie von Rot, Blau, Grün, Ocker und Schwarz gebaut, hat die Intensität eines großen Bildes.

Die Arbeiten verschiedener Leipziger Künstler, die in dieser Ausstellung der Handzeichnungen mithängen, sind unbeachtlich und seiner besonderen Erwähnung wert.

Kleine Chronik.

Der 7. deutsche Volksbühnentag findet zugleich als Vertretertag des 150 000 Mitglieder umfassenden Verbandes der deutschen Volksbühnengemeine vom 25. bis 27. Juni in Hamburg statt. Der Generalsekretär des Verbandes, Genosse Dr. Kestricke, wird über die Forderungen der Volksbühnen an das geplante Reichsbühnengesetz referieren. Ferner sind Vorträge über „Behälterorganisation und Theater“, „Beeinflussung der Mitgliedschaften im Sinne der Volksbühnenarbeit“ und „Bedeutung, Aufgaben und Möglichkeiten der Wanderbühnen“ vorzulegen. Außerdem soll eine große öffentliche Kundgebung stattfinden, auf der eine Reihe herausragender Träger der Volksbühnenidee sprechen werden.

Deutschbrasilische Malerei und Zeichnung (1790-1830). Das Leipziger Museum und der Leipziger Kunstverein veranstalten gemeinsam vom 1. August bis 31. Oktober eine umfangreiche Ausstellung „Deutschbrasilische Malerei und Zeichnung von 1790 bis 1830“, in deren Mittelpunkt vor allem der engste Kreis des jungen Cornelius stehen wird. Die Ausstellung, die die Hauptmeister dieser Epoche in besonders bedeutenden und qualitativ vollen Schöpfungen vorführen will, wird ein Gesamtbild deutschbrasilischer Kunst und Kunstgenuss im Anfang des 19. Jahrhunderts entrollen. Neben Cornelius werden vor allem die Künstler, wie Overbeck, Schnorr von Carolsfeld, Forst, Bell, Kambour, sowie die großen Landschaftler und Gestalter römischer Natur, wie Jos. Ant. Koch, Reinhardt, Jöhr, Horn, Nodden und andere, vertreten sein. Eine große Zahl von deutschen und österreichischen Museen, sowie viele Privatbesitzer werden Material zur Verfügung stellen.

Die Dokumente des Christoph Kolumbus. Die spanische Regierung hat jetzt von dem Herzog von Beragua die Dokumentensammlung von Christoph Kolumbus erworben. Die Dokumente, die später in einem besonderen Museum untergebracht werden sollen, sind zur Zeit bei der spanischen Staatsbank in Madrid deponiert. Die Dokumente enthalten nicht nur den gesamten Briefwechsel von Christoph Kolumbus mit der spanischen Regierung und den einzelnen Gouverneuren, die verschiedenen Regierungen der Krete und die einzelnen Privilegien, die Kolumbus von der spanischen Regierung gewährt wurden, sondern auch Tagebücher und Protokolle von Kolumbus, die Christoph Kolumbus gegen einzelne seiner Mitarbeiter im Gerichtsverfahren angestrengt hat. Einige der interessantesten Stücke sind die See- und Landkarten, die Christoph Kolumbus benutzt hat.

Das 17. Erwerbslosenkonzert ist wohl in künstlerischer Beziehung das gelungenste der bisherigen. Emil Lüh gab in zwei Violinkonzerten von Beethoven und Pietro Martini, belebt und reif im technischen Können, einen vollkommenen musikalischen Genuss. Charlotte Wolf, mit erstaunlich umfangreichem Stimmaterial (das sie noch ein bißchen unklar und unausgeglichen verwendet) sang durchweg wertvolle Lieder für Sopran. Beide wurden von Bernhard Uhlly und Hilmar Weber mit verständnisvoller Hingabe am Klavier begleitet. Martina Springer packte mit heiteren und ersten Regitationen (u. a. Die Madonnen des Hochaltars) selbst die unruhigen Gäste. Begrüßenswert ist die Neuerrichtung des gedruckten Programms. Man tue noch ein übriges und lasse bei jeder Veranstaltung einen Filmminutenvortrag über Konzerteinrichtung vorhergehen (also: Unterlassen des sinnlosen Klatschens vor Beginn, was übelstes Operettenbenahmen ist, kein Beifall zwischen den einzelnen Sätzen der Konzerte, Schweigen während des Vortrags usw.).

Eine Pfaffenkomödie.

Das Recht der zweiten Nacht.

Bei manchen primitiven Völkern, afrikanischen Negern etwa, verlangt es die Sitte, daß eine Jungfrau, bevor sie in die Ehe tritt, durch den Zaubere oder Priester defloriert, also von ihrer Jungfernschaft befreit und gewissermaßen erlöst werden muß. Wenn man sich solcher sexueller Gebräuche erinnert, dann erscheint es gar nicht mehr so besonders unmöglich und absurd, daß im frühen Mittelalter, wohl in Deutschland, besonders aber in Frankreich, nicht nur der weltliche Grundherr, sondern auch der hohe Klerus, soweit er Grundherrrechte ausübte, unter diesen auch von dem ius primae noctis Gebrauch gemacht haben soll. Welches eben darin besteht, daß die erste Nacht einer Jungfrau, die in die Ehe tritt, wofern sie eines höflichen Bauern Kind ist, ihrem Fronherrn gehört.

Bei den Vorstudien zu seiner bekannten Schrift über die Geschichte der Landwirtschaft hat unser Genosse Karl Marx schon in vor Jahren einmal nähere Angaben zu diesem Thema in einem Werk über die Geschichte der Selbstgenossenschaft in Europa gefunden, und daraus hat er den Stoff zu einer Komödie gewonnen, die schon vor fünf Jahren vollendet wurde und am letzten Sonnabend im Kleinen Theater in Leipzig in seiner Uwelehenheit in Szene ging, weil er einer schweren Herzerkrankung wegen das Bett noch nicht verlassen durfte. Er hat deshalb leider den freundlichen Beifall und die andauernde gute Laune des Publikums nicht mit erleben können, das sich über die heitere, prächtige Anlageinheit sehr amüsierte, obwohl sie unter Leitung von Direktor Jean durch die bescheidenen Kräfte des Kleinen Theaters doch schauspielerisch nur recht unvollkommen vermittelt wurde.

Die Veranstaltung dieser Aufführung durch die Gemeinschaft proletarischer Freidenker, die für sich eine Anzahl von Abenden befreit hat, war gewiß ein glückliches Beginnen, zumal ja der Stoff nicht seiner Höhepunkt pfäfflicher Heuchelei in das Gebiet ihrer besonderen Vereinsbestrebungen gehört. Für weniger sinnvoll halten wir es, daß man dieses Unternehmen nun gleich „Freie Arbeiter“ getauft hat, nächst aufs Ungewisse jeden Monat einmal eine künstlerische Theateraufführung zu billigen Preisen veranstaltet, einstellweise im Kleinen Theater, später auch an anderen hiesigen Bühnen. Das alles steht doch wohl noch sehr in Frage und diese Aufgaben werden schon vom Arbeiter-Bildungsinstitut mit seiner großen Mitgliederzahl so gut erfüllt, wie es die Ungunst der Zeiten eben erlaubt. Uns jedenfalls scheint das WZ, das unter der Kontrolle von Partei und Gewerkschaften steht, doch bei weitem die geeignete Volksbühne zu sein, als wie es in der Ankündigung heißt, eine Vereinigung „gleichgestimmter Menschen“, einerlei, welcher Konfession und welchen politischen Bekenntnisses der einzelne ist.“ Denn das ist doch wohl eine so unbestimmte Gleichgestaltung, daß die Bestimmungen gar nicht ausbleiben können.

Über nun zurück zu der Pfaffenkomödie. Da wird man denn unbedingt an jene nette Kindergeschichte erinnert von dem Lehrer, der da predigt: „Alles, was alt ist, ist ehwürdig“, und von dem besten Araber, der von der hintersten Bank dazwischenruft: „Alter Käse!“ Wir halten alle alten Rechte, die sich auf nichts Besseres als ihr Alter stützen, für „alten Käse“, mögen es nun die Ansprüche entlassener Landesherren auf ihre Kronländer oder andere ererblichen Rechte sein, die nichts weiter als angewandenes Unrecht bedeuten.

In der Komödie wird gezeit, wie nicht nur die zunächst betroffenen Bauern, sondern auch ein geachtetes adliges Fräulein, das ein bißchen in mittelalterlicher Frauenemanzipation zu machen scheint, und auch ein junger Mönch mit lehrerlichen Anwandlungen schon in jener Vorzeit, die man gerne grau nennt, gegen einen Mißbrauch des Herrrentes frandieren, das anfangs wohl in Zeiten ursprünglicher Sexualgenossenschaft sich auf alle Männer einer Genossenschaft bezog und erst in späteren Zeiten der Feudalmacht zur erzwungenen Preisgabe der Braut an den einen Feudalherren allein geführt hat.

Schon Beaumarchais hat sich bekanntlich in seiner berühmten revolutionären Komödie, in „Figaros Hochzeit“, über die letzten Ausläufer des ius primae noctis lustig gemacht. Hier aber, bei Marzolini, erhält die Sache eine Färbung, die noch mehr an Boccaccio erinnert. Denn sehr lächerlich ist der Pfaffe mit dem Keuschheitsgelübden, ja auch der Weltgeistliche oder Kirchenfürst, der manchmal ein ganz unvollkommener Zölibatär, wenn er ein so heikles Recht für sich in Anspruch nimmt. Diese Pfründlichkeit wird in der Komödie nicht eigentlich in einer psychologisch verwickelten Handlung, sondern mehr im Stile der heiteren Diskussion dargestellt; aber derart, daß jeder der drei Akte gewissermaßen ein besonderes Diskussionsthema hat und mit einer neuen logisch gefestigten Pointe aus den Bezirken erotischer Heiterkeit abschließt.

Das erste Thema stellt das emanzipierte Adelsfräulein, des Prälaten Schwester: Wenn du dein Herrrentrecht als gottgewollte Ordnung geltend machst, dann verlange ich mein Frauenrecht, und will, daß die erste Nacht des jungen Bauern mir gehört. Was den lästernsten Akt natürlich sehr verwirrt.

Das zweite schafft sich die nächstbetroffene bäuerliche Jungfrau selbst, indem sie mit vier anderen am gleichen Abend vor dem altlichen Prälaten erscheint, die gleichzeitig geheiratet haben und gleichzeitig von dem geistlichen Herrn dessen beraubt werden wollen, wovon schon mehrfach die Rede war. Er ist dazu aber keineswegs in der Lage, und da er sich doch von seinen immer geiler werdenden Mönchen nicht helfen lassen will, so ist er samt seinem Herrrentrecht in jeder Beziehung zum Schaden.

Das letzte Thema hat zuerst der lehrerliche Mönch ausgebracht. Als nämlich des Prälaten Vorgesetzter, der Bischof, am nächsten Tage zur Jagd kommt und nach einer unruhigen Nacht, die er sich selbst mit strengen Mahnungen zur Mäßigkeit an seine Mönche wagt, das sinnliche Herrrentrecht leinerliche auszuüben, sich stark genug fühlt, weiß der freche Reher darauf hin, daß vom ius secundae noctis, einem Recht der zweiten Nacht also, doch nirgendes die Rede sei, und daß übrigens der Herr Bischof nun in keinem Falle mehr bei den fünf Bauersfrauen der erste sein würde. Worauf denn Bischof und Prälat in Gnaden gerufen, für jetzt und alle Zukunft einen Erlaß in klingender Münze annehmen, wodurch sie nun gewissermaßen als männliche Prostituierte mit umgekehrtem Vorzeichen erscheinen.

Es war wirklich recht erheitend, den spitzfindigen Erörterungen über eine Sache zuzuhören, die uns ja freilich in dieser Form nur als mittelalterliche Groteske erscheint, dem Sinne nach aber doch noch heutigen Tages jedem armen Mädchen zutrifft, das die Herrrentrechte eines reichen Mannes über sich ergehen läßt. Darum fört es uns auch nicht ernstlich, wenn die mittelalterlichen Menschen oft wie die von heute reden, und wenn die Bauerndirnen mehr Selbstbewußtheit, ein adliges Fräulein mehr Einfißt und einige Kleriker mehr innere Freiheit haben, als man davon im Anfang des 13. Jahrhunderts in der Wirklichkeit zu finden wohl hoffen durfte.

Altes Theater. Das Gastspiel der Berliner Operettenkomie mit „Die Jugendprinzessin“ dauert bis Sonnabend, 26. Juni, Schauspielhaus. Den Sommer schwant, dessen Erstaufführungstermin wegen des Erfolges von Garten Eden noch nicht feststeht, haben Franz Arnold und Ernst Wach geschrieben: Er heißt „Stöpsel“. In Berlin hat er schon über 100 Aufführungen erreicht. Den Stöpsel — das ist der Spitzname des Bühnenaugenmittelsfabrikanten Piper — spielt Bernhard Wildenhain, eine „unerhörte solche Soubrette“ Lina Carstens.